

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., wöchentlich 20 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnementspreis: 1,50 Mk. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,60 Mk., für das übrige Ausland 4 Mk. pro Monat.
 Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1896.

NO:

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 23. September 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Reichskonferenz.

Berlin, den 22. September 1916.

Die Vormittagsitzung des zweiten Verhandlungstages wurde vollkommen ausgefüllt durch das Korreferat des Hauptredners der Opposition. Da sie polemisierte zunächst dagegen, daß der Opposition gewisse nicht zu verteidigende Flugblätter auf das Konto gesetzt werden. Er tadelt es, daß der Parteivorstand gegen gewisse, aus der Zeit entstehende Stimmungen und Äußerungen mit öffentlichen Warnungen vorgehe, mit deren Mißbrauch gerechnet werden müsse. In der Beurteilung gewisser politischer Kundgebungen entfernten sich manche Stimmen aus dem Mehrheitslager in bedenklicher Weise von dem Geiste, der in der Sozialdemokratie stets geherrscht habe. Wenn man der Opposition die Vielheit der in ihr vorhandenen Anschauungen vorwerfe, so könnte man dies der Mehrheitsfraktion zurückgeben, die nur mit Hilfe von Genossen, die schon sehr weit von sozialdemokratischen Grundgedanken abwichen, überhaupt noch die Mehrheit darstelle.

Der Korreferent stellte dann richtig, daß er selbst vor Kriegsausbruch und in den ersten Kriegstagen nur an einer einzigen Besprechung mit der Regierung teilgenommen habe, und zwar an der Konferenz des Reichskanzlers mit den Vertretern sämtlicher Fraktionen. Der Parteivorstand beschloß einmütig, während des Krieges keinerlei Gefälligkeiten oder Liebesdienste von der Regierung anzufordern oder anzunehmen. Etwas ganz anderes aber sei die Forderung, die gegebene Situation zur Erweiterung der politischen Rechte auszunutzen, wie das aufstrebende Klassen stets als ihr Recht angesehen hätten. In der Ernährungsfrage habe die Partei fast nichts erreicht, die Reform des Reichsvereinigungsgesetzes sei eine Lappalie und das Steuerbündel der Regierung und der Reichstagsmehrheit bestehe zum größten Teil aus Verbrauchs- und Verkehrssteuern, die die Partei verwerfen müsse. Die Mehrheit jedoch könne nach ihrer ganzen Haltung die Regierung in entscheidenden Fragen nicht mehr bekämpfen; statt der besonderen, auch im Kriege stark hervortretenden Arbeiterinteressen spreche sie immer nur vom Volksganzen.

Einen großen Teil seiner Ausführungen machte Haase dem Nachweis dienstbar, daß die Vergangenheit und Tradition der Partei sie keineswegs zur Kreditbewilligung am 4. August 1914 gezwungen hätten; die Kreditfrage sei nur ein Glied der ganzen Regierungspolitik, die vom Parteivorstand noch kurz vor Kriegsausbruch so beurteilt worden sei, daß die Kreditbewilligung dann in der Tat allgemein als große Ueberraschung wirkte, was ja schon beweise, daß sie nicht selbstverständlich gewesen wäre. Die Politik des Reichskanzlers könne nach wie vor nicht das Vertrauen einer Partei für sich beanspruchen, die noch die alte Sozialdemokratie wäre. Der Standpunkt, daß man dem Lande die Mittel zu seiner Verteidigung bewilligen müsse, hätte konsequenterweise die Partei auch schon im Frieden zur Bewilligung der stets mit den Notwendigkeiten der Landesverteidigung begründeten Militärforderungen führen müssen. Das Problem für die Sozialdemokratie aber sei vielmehr, welchen Charakter der Krieg trage und wie die gesamte Regierungspolitik gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung sei. Die Unterfuchung dieser Fragen trägt der Redner zu dem Ergebnis, die Politik der Fraktionsmehrheit als unsozialistisch abzulehnen. Wenn die deutsche Sozialdemokratie Vorkämpferin der Internationale sein wolle, dann dürfe sie nicht fragen, was die anderen tun, sondern müsse ihnen vorgehen. (Lebhafter Beifall der Opposition.) Die Aufgabe der Sozialdemokratie im Kriege müsse sein, die Völker einander wieder anzunähern. So wichtig die Einheit der Partei sei, so dürfe der Klassenkampf doch nicht darum abgeschwächt werden; die Einheit der Partei müsse ruhen auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms. — Dem Korreferat folgte lebhafter anhaltender Beifall der Opposition.

Die Angabe über Zusammensetzung der Konferenz ist noch dadurch zu ergänzen, daß auch der Parteiauschuß an ihr teilnimmt.

Am Beginn der Nachmittagsitzung erhielt als Sprecherin der Gruppe Internationale Käthe Duncker das Wort. Sie legte dar, daß die Internationale mit Kriegsausbruch wegen ihres lockeren Gefüges unheilbar zusammenbrechen mußte; nicht um ihre Wiederaufrichtung könne es sich handeln, wie die Arbeitsgemeinschaft sie anstrebe, sondern darum, die gesamte Arbeiterbewegung mit dem internationalen Gedanken zu erfüllen. Auch in bezug auf die Landesverteidigung unterscheide sich die Gruppe der Rednerin von der Arbeitsgemeinschaft, was sich aus der Beurteilung der Kriege innerhalb der heutigen gesellschaftlichen Zustände ergebe. Die Gruppe stehe auf dem Standpunkt der Stuttgarter Resolution. Auch in der Steuer- und U-Vot-Frage, sowie in bezug auf die Friedenspetition des Parteivorstandes teilt die Gruppe nicht die Anschauung der Arbeitsgemeinschaft. Wenn aber auch die Opposition getrennt marschiere, so wolle sie vereint schlagen. Unter scharfen Angriffen auf Fraktionsmehrheit und Parteivorstand kommt die Rednerin zu dem Schluß, daß nicht die reinparlamentarische Frage der Kreditbewilligung das A und O sei; der kommende Friede müsse die Internationale zu einer Macht gestalten, die künftige Kriege verhindert. Darauf trat die Konferenz in die Diskussion ein. Nachdem zwei Redner gesprochen haben, läßt eine Reso-

lution Dr. David und Genossen ein. Sie erkennt die Pflicht der Landesverteidigung an, erklärt, daß der Krieg für Deutschland noch immer ein Verteidigungskrieg sei, wiederholt die Entschlossenheit der Sozialdemokratie, in der Landesverteidigung auszuharren, bis die Gegner zu einem Frieden bereit sind, der die politische Unabhängigkeit, die territoriale Unversehrtheit und die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands gewährleistet; weiter werden alle feindlichen Vernichtungs- und Eroberungsziele gegen das Deutsche Reich und seine Verbündeten zurückgewiesen, ebenso jedoch die Treibereien und Forderungen derer, die dem Krieg den Charakter eines Eroberungskrieges geben wollen und dadurch zur Verlängerung des Krieges beitragen. Die Interessen und Rechte des eigenen Volkes vorangestellt, wird auch die Beachtung der Lebensinteressen der anderen Völker gefordert und das Ideal eines dauernd gesicherten Weltfriedens bekräftigt. Die Resolution bedauert die friedensfeindliche Haltung der feindlichen Staatsmänner, der französischen Sozialdemokratie und der englischen Arbeiterpartei, sie erklärt gegenüber den französischen Beschuldigungen, daß Deutschland infolge der allgemeinen Mobilisierung Rußlands vom 31. Juli 1914 aufs schwerste bedroht war. Der Wiederaufbau einer arbeits- und kampfstarken sozialistischen Internationale wird als notwendig bezeichnet, die Verantwortung für die Verlängerung des Krieges denen zugeschoben, die sich einem baldigen Frieden widersetzen, die Hoffnung ausgesprochen, daß in allen beteiligten Ländern ein wachsender Friedenswille der breiten Volksmassen sich durchsetze, und von der deutschen Regierung gefordert, daß sie unausgesetzt bemüht sei, dem Kriege ein Ende zu machen und dem Volke den langersehnten Frieden wiederzugeben.

In einer Geschäftsordnungsdebatte wendet sich Dr. Braun-Nürnberg dagegen, daß die Reichskonferenz Beschlüsse fasse. Vorsitzender Ebert erklärte, daß die Konferenz nach dem Beschluß des Parteiaususses nur solche bindende Beschlüsse nicht fassen werde, die in die Kompetenz der Parteitage eingreifen.

Für die Mehrheit sprachen Sanger-München, David, Auer-München, Cohen-Reuß, Legien, Wolfenbuhr; für die Opposition: Laufant-Berlin VI, Ed. Bernstein, Kautsky, Frau Sieß, Walcher-Berlin VI, Koch-Hanau.

Die Debatte ging bis in die späten Abendstunden und wird Sonnabend früh 9 Uhr fortgesetzt werden.

Ein neutrales Urteil über die Mehrheitspolitik.

In einer Uebersicht der Stimmen der Parteipresse über die Haager Neutralenkonferenz schreibt „Der Volk“ vom 6. September über die Gefahren des Zusammengehens mit bürgerlichen Regierungen und Parteien und kritisiert hierbei auch das Verhalten der französischen Mehrheit:

Man ist nicht nur mit sozialen Gegnern zusammengegangen, sondern hat sich manchmal von ihnen mitschleppen lassen. Das von der Mehrheit der französischen Partei angenommene System, das die kriegführenden Regierungen unwillkürlich in böse und gute einteilt nach dem einzigen Kennzeichen der Schuldfrage, zeugt auf das deutlichste von einer Einseitigkeit, die, wenn begründet, darum nicht weniger bedenklich ist. Der geschlossene Burgfriede erscheint in einer Zahl von Äußerungen nicht mehr als Mittel, sondern als ein an sich wünschenswertes und schöner Zweck. Der Begriff, daß die Unbelegbarkeit der französischen und englischen Regierungssysteme, des französischen und englischen Imperialismus und Militarismus nur relativ ist, scheint mitunter wohl verloren gegangen zu sein.

Was vor allem unser Interesse als ein Zeichen unserer Bestimmung fordert, die unter dem Druck des Zustandes gelitten hat, ist die Haltung der Mehrheit in Hinsicht auf die internationalen Angelegenheiten. Man weiß, daß sie sich fortwährend weigert, an einer allgemeinen Sitzung des Bureau teilzunehmen, und dies, weil die Begegnung mit deutschen Delegierten ihr noch nutzlos und selbst ungerneht erscheint. Was hat es für einen Zweck, so fragten sie, mit den Vertretern einer Partei zu verhandeln, die ihre Regierung zur Fortsetzung eines Krieges ermutigt, der uns erniedrigen und berauben muß? Zur Antwort sind wir so frei, daran zu erinnern, daß eine Versammlung des Bureau nicht nur Deutsche und Franzosen, sondern auch die Mitglieder von zwanzig anderen Parteien zusammenbringen, und daß es also für die Franzosen noch Zeit genug sein würde, sich einer Mehrheit zu entziehen, die von einer von ihnen gewollten Verteilung der Verantwortlichkeiten würde abweichen wollen.

Aber liegt in dem übermäßig lang fortgesetzten Widerstand jetzt, wo die Opposition in der deutschen Partei sich so stark kundgibt, und die Minderheit in Frankreich selbst so kräftige Antwort gibt, daß trotz des Fehlens einer direkten und organisatorischen Verbindung beträchtlich die Einmütigkeit großer sozialistischer Gruppen an beiden Seiten des Rheines sich aufs neue mit erfreulicher Entschiedenheit angeknüpft hat — liegt in dieser Fortsetzung der offiziellen Scheidung nicht der Ausdruck von einem Zweifel an der Haltbarkeit des eigenen Standpunktes eingeschlossen?

Daß die deutsche Sozialdemokratie den allgemeinen Erwartungen nicht entsprochen hat, daß namentlich in zahlreichen Äußerungen ihrer rechten Hälfte die Beweise der Mitschuld an imperialistischer Begehrlichkeit und nationalisistischer Selbsttätigkeit zum Vorschein kommen, wird auf einem Kongreß internationaler Sozialisten von wenigen geleugnet oder bekaufigt werden. Jede vollständige internationale Zusammenkunft wird, wir sind davon auf das festeste überzeugt, unseren französischen Genossen die Genugtuung verschaffen, auf die sie ein Anrecht haben. Vorausgesetzt natürlich, daß sie nicht mehr fordern als billig ist. Vorausgesetzt auch, daß sie selbst nicht weiter sündigen durch das

Verharren bei einer Weigerung, die sie gewissen Mitgliedern der deutschen Rechten nur allzu ähnlich macht.

„Der Volk“ geht dann weiter auf die Frage der Landesverteidigung ein und konstatiert, daß die französische Mehrheit in dieser Frage denselben Standpunkt einnehme wie die Rechte der deutschen Partei. Unter diesen Umständen müsse sie ihre bisherige Einseitigkeit ablegen, die auch ihre Haltung im Kriege mit den Grundsätzen der sozialistischen Internationale in Widerspruch bringe.

Das Durchbringen dieser mehr sozialistischen und gerechteren Anschauung, die ihrer Entschlossenheit in der Kriegführung, bis alle Gefahr abgemindert, keinen Abbruch zu tun braucht, wird in ihren Gedanken über die andere große Arbeiterpartei auf dem Kontinent eine Entspannung bewirken. Und daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden trotz allem auch als eine Verbesserung der Friedensausichten gelten muß, wird auch ihnen wohl nicht erst bewiesen werden müssen.

Die hier wiedergegebenen Ausführungen unseres holländischen Parteiblattes, über die im einzelnen wohl manches zu sagen wäre, erscheinen um so bemerkenswerter, als sie von Genossen ausgehen, die ausgesprochene Gegner der Aktion von Zimmerwald sind, und die Haltung der deutschen und französischen Mehrheit in der Frage der Landesverteidigung im allgemeinen akzeptieren.

Krisenluft.

„Die Spannung in der Atmosphäre der Reichspolitik hat allmählich einen so hohen Grad erreicht, daß eine Entladung erfolgen muß, wenn nicht das Reich dauernden Schaden erleiden soll“, — so beginnt das „Berliner Tageblatt“ in ihrer gestrigen Abendnummer ihre Uebersicht der innerpolitischen Lage. Und die „Unabhängige Nationalkorrespondenz“, ein stramm alld deutsches Organ, schreibt in ihrer Donnerstagsnummer: „Die Krisenluft weht es uns bei dem ersten Eindruck aus dem Briefwechsel entgegen, der im August zwischen dem Großadmiral von Tirpitz und dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg stattgefunden hat und dessen Veröffentlichung wir der mutigen Tat des Professors Cohnmann-München, des Herausgebers der „Süddeutschen Monatshefte“ danken.“ Diese beiden Stichproben aus zwei Organen, die an entgegengesetzten Enden der bürgerlichen Presse stehen, beleuchten blickartig die innerpolitische Situation. Und die Äußerungen der bedeutendsten Blätter der Hauptstadt und der Provinz verstärken den Eindruck, daß nach einer kurzen politischen Windstille urplötzlich wieder ein Vorstoß jener Kräfte eingeseht hat, die den jetzigen Augenblick als günstig betrachten, den Zweikampf, bei dem sie im Sommer unterlagen, mit verstärkter Wucht wieder zu erneuern.

Wir können zurzeit nicht auf den ganzen Komplex der Dinge eingehen, der mit den jetzigen Auseinandersetzungen im engen Zusammenhang steht. Wir wollen uns deshalb auf die Skizzierung der rein politischen Zusammenhänge und Gegensätze beschränken, die der neuen „Krise“ zugrunde liegen.

Ihren Ausgang nahmen die jetzigen Auseinandersetzungen von der Veröffentlichung des Schriftwechsels zwischen Tirpitz, dem Reichskanzler und Prof. Valentin durch Prof. Cohnmann-München. Aus einem anscheinend mehr persönlichen Streit wuchs sich diese Angelegenheit in wenigen Tagen zu einer „politischen Affäre“ ersten Ranges aus. Mindestens sind die allddeutsch-konservativen Organe, unterstützt von ihren Schleppenträgern im nationalliberalen und freisinnigen Lager („Vossische Zeitung“), bestrebt, die Cohnmannsche Veröffentlichung zum Ausgangspunkt eines neuen wuchtigen Vorstoßes gegen die gesamte Front der inneren und äußeren Politik zu machen. In der gesamten allddeutschen Presse wird die „mutige Tat“ Prof. Cohnmanns gefeiert. „Der Münchener Professor Cohnmann — schreiben die „Berliner Neuesten Nachrichten“ — hat mittels des politischen Handstreichs einer Veröffentlichung, die, wie es scheint, die Fesseln der Discretion sehr unsofsend abwarf, einen Blick in diese Hintergründe eröffnet.“ Und aufatmend erklärt die bekanntlich allen Heimlichkeiten grundtätig abgeneigte „Deutsche Tageszeitung“: „Der Schriftwechsel leuchtet wie ein Scheinwerfer hinein in eine Welt von Intrigen und Verleumdungen, welche wohl weiten Kreisen in Deutschland, aber doch den breiten Massen nicht bekannt war.“

Daß auch eine andere Beurteilung der „mutigen Tat“ Prof. Cohnmanns möglich ist, zeigt beispielsweise folgender Ausruf der „Frankfurter Zeitung“:

„In was für Zuständen leben wir eigentlich? Wir hören von „Protokollen“, die von vertraulichen Privatgesprächen aufgenommen und den darin kritisierten Personen zur geeigneten Kenntnis zugesandt werden; von hochgestellten Männern, die sich über den in einem Zimmer in München vorgebrachten Klatsch auseinandergesehen haben; sogar von Einbrüchen, die ein Reichsamt bei dem andern veranfaßt, um sich in den Besitz wichtiger Akten zu sehen! Fast scheinen wir bei einem römischen Delatoren in der Hand angelangt zu sein, bei dem bereits ein unter Bekannten gesprochenes freundliches oder unfreundliches Wort hinreichen konnte, um sich in Verdacht und Gefahr zu bringen.“

Doch lassen wir diese Seite der „Affäre“. Die sittliche Entrüstung über den erschreckenden politischen Tiefstand unserer Zeit ist zwar weit eher berechtigt, als das plöcklich in lauten Rufen sich geltend machende „Reinlichkeitsbedürfnis“ jener Kreise, die mit Rapp und Junius alter durch die und dünn gingen. Hierin liegt aber nicht der Kern der Situation. Die „Frankfurter Zeitung“ deutet ihn mit den Worten an, man möge sich nicht irre machen lassen durch das Geschrei von Leuten, die sich in der Öffentlichkeit als die

Anhänger des Herrn v. Tirpitz gebärden und aus Gründen außerer und innerer Politik einen „mobilen ererbten Kampf gegen Herrn v. Bethmann Hollweg führen — einen Kampf, wie er in annähernd gleicher Heftigkeit in seinem der uns feindlichen Länder gegen einen Minister geführt wird.“ Ganz unverhüllt jedoch enthüllt die eingangs erwähnte „Unabhängige Nationalkorrespondenz“ den Kern der Situation mit folgenden Worten:

„Aber der Doll-Deit Valentini erweitert sich zu einem Fall von Tirpitz contra Bethmann Hollweg, und indem er für die öffentliche Meinung den Scheiterhaufen von Dingen, die den Winden, aber zum Schmalen Verurteilten seit langem bekannt sind, bringt er zugleich die Illusionen der Öffentlichkeit und hartnäckigen Anhänger einer Verständigung mit England in ihrer Gesamtheit auf die öffentliche Anklagebank.“

In diesen Tagen ist klipp und klar ausgesprochen, was das Ziel der unmittelbar vor der Eröffnung der Reichstagsession einsetzenden Kampagne der „Annenweggen“ ist. Während im Lande wie auf Kommando ein Resolutionskrieg mit scharf zugespitzten Forderungen einsetzt, wird in den Hauptstädten der Fronte, München und Berlin, der Kampf mit anderen Mitteln eingeleitet. In der Sache handelt es sich um eine bestimmte Position, die, sollte es was es wolle, durchgesetzt werden soll. Der Kampf nach gilt der Kampf bestimmten Personen, die man entweder dem Willen der „Annenweggen“ gefügig machen oder — kürzen will. Und wenn der Kampf in erster Linie gilt, zeigt ein Schreiben des bekannten Großindustriellen Geh. Kommerzienrat Herting in Hannover, von dem die „Germania“ und das „Berliner Tageblatt“ Mittelwege machten. In diesem Schreiben verlangt Herting, der als einer der Unterzeichner des Schätterschen Kuriums seine Kritik an die Mitunterzeichner des Kuriums verleiht, im Auftrage einer kürzlich in Hannover stattgefundenen Versammlung von dem nationalliberalen Parteiführer Daffermann nichts weniger als den Reichsfanzler durch ein Ministerratsvotum zu kürzen!

Dies in knappen Zügen der Inhalt und die Ziele der Kampagne, die den Anstoß zu der neuen Reichstagsaktion bildet. Unsere Darstellung ist bei weitem nicht erschöpfend, da sie sich nur auf das Kernstück der Sache beschränkt, um den plötzlichen Ausbruch der Proteste zu erläutern. Ausführlicher wird man wohl im Zusammenhang mit den Reichstagsverhandlungen darauf zurückkommen müssen, von denen einzelne erwarten, daß sie einen frischen Luftstrom in die unerträgliche stickige Atmosphäre, die heute herrscht, hineintragen werden. Wir teilen diesen Optimismus nicht, da eine Säuberung der politischen Atmosphäre an viel weitergehende Voraussetzungen geknüpft ist. Das aber kann man wohl von den kommenden Reichstagsverhandlungen erwarten, daß sie gründlich hineinleuchten werden in das Treiben unterer „Staatsbehörden“, die zwar stets bei der Hand sind, unter Hinweis auf den „Bürgerfrieden“ jede Meinung der Demokratie zu unterdrücken, die aber nicht die geringsten Bedenken tragen, im Interesse ihrer Ziele die heftigsten Stürme und Wirren im Innern zu entfesseln.

Griechenland und die Entente.

Athen, 21. September. (W. Z. V.) Das Deutsche Bureau meldet aus Athen: Der Generalkonsul im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Politik machte am Donnerstag vormittag dem englischen Gesandten Elliot einen Besuch und versicherte ihm, daß das Kabinett Calogeros, Nolos sei lediglich ein Geschäftsministerium. Er fügte hinzu, man sei bereit, diejenigen Minister zu opfern, die von der Übernahme ihres Postens sich darin gefallen hätten, die Entente anzugehen, wenn das Kabinett anerkannt würde. Der russische Gesandte Demidoff war bei der Unterhaltung zugegen.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 21. September. (W. Z. V.) Amtlicher Heeresbericht.

Mazedonische Front: Gestern hat sich in der Lage der Truppen um Verin (Morina) und auf der Höhe von Kajmakalan nicht verändert. Der Tag verlief ziemlich ruhig. Ein russischer Angriff auf die Höhe 1270 nördlich des Dorfes Armenik scheiterte. Die feindlichen Bataillone wurden in Unordnung zurückgeworfen. Im Moglenica-Tale und auf beiden Ufern des Bardar schwaches Geschützfeuer. Im Strumatal und längs der Küste des Mazedonischen Meeres Ruhe.

Rumänische Front: Längs der Donau Ruhe. In der Dobrußa besetzen sich unsere Abteilungen in den eroberten Stellungen. Der gestrige Tag kennzeichnete sich nur durch schwache Kämpfe auf beiden Seiten. Deutsche Flugzeuge griffen erfolgreich die Eisenbahnlinie bei Ternababa an und fügten ihr großen Schaden zu. Ein aus vierzig Einheiten bestehendes russisches Geschwader bombardierte ohne Erfolg die Höhen nördlich und östlich des Dorfes Verbelia. Unsere Luftflugzeuge brachten einen Angriff feindlicher Flugzeuge auf Warna zum Scheitern.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 21. September nachmittags. (W. Z. V.) Höchlich der Somme hat der Feind seine Angriffsversuche auf die Front vom Gebiet von Vria bis zum Gebiet am Bois Vade nicht mehr wiederholt; das nächste Weiter behinderte die Operationen auf beiden Ufern der Somme sehr. In den Kränzen schritterte ein bei Bray de Vaux nach einer Minenexplosion gemachter feindlicher Angriff auf die französischen Stellungen in unserem Sperrfeuer. Auf dem rechten Wassufer machten die französischen Truppen gegen Abend zwei Operationen, welche ganz besonders gut gelangen. Südlich vom Worte von Champaumont nahmen sie zwei Grabenstücke, machten über hundert Gefangene, darunter acht Offiziere und nahmen drei Maschinengewehre. Im östlichen Teile des Bois und Chapitres-Waldes haben die Franzosen ihre Linie um etwa hundert Meter vorgeschoben. Im Walde von Apremont hat ein französischer vorgeschobener Posten einen feindlichen Angriff mit Handgranaten abgewiesen.

Italien: Genua hat ein französischer Flieger ein deutsches Flugzeug abgeschossen, welches bei Moialain, nördlich von Verona, niederkam.

Orientarmee: Von der Struma bis zum Bardar Artilleriekampf mit Unterbrechungen. Ostlich von der Czerna ist ein heftiger bulgarischer Angriff auf den von den Serben gehaltenen Stamm des Kajmakalan mit starken Verlusten für den Feind abgeschlagen worden. In der Gegend am Brädlusse haben die Bulgaren ihre Angriffsversuche gegen Borzitscha wiederholt; nach zwei vergeblichen Sturmangriffen ist es ihnen gelungen, in der Ortlichkeit Fuß zu fassen, doch vertrieb sie ein Gegenstoß der Serben mit dem Bajonett wieder daraus. Auf unserm linken Flügel sind unsere

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 22. September 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Abgesehen von lebhaften Artillerie- und Handgranatenkämpfen im Somme- und Maasgebiet ist nichts zu berichten.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Westlich von Luck schlugen schwächere russische Angriffe fehl. Bei Kornitica hält sich der Feind nach in kleinen Teilen unserer Stellung. Bei den Kämpfen des 20. September fielen 780 Gefangene und mehrere Maschinengewehre in unsere Hand.

Heftiger Artilleriekampf auf einem Teile der Front zwischen Sereth und Strypa nördlich von Jorow. Feindliche Angriffe wurden durch unser Feuer verhindert.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Au der Karajowa lebhaftes Feuer- und flammenweise Infanteriekampf.

In den Karpaten ging die Kuppe Smotret wieder verloren. Die sorgfältigen Anstrengungen der Russen an der Baba Ludowa blieben dank der Zähigkeit unserer tapferen Jäger abermals erfolglos. Angriffe im Zatarca-Abschnitt und nördlich von Dorna Watra sind abgeschlagen.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Nichts Neues.

Dalkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der Dobrußa gingen starke rumänische Kräfte südwestlich von Topraisar zum Angriff über. Durch umfassen den Gegenstoß deutscher, bulgarischer und türkischer Truppen gegen flanken und Rücken des Feindes sind die Rumänen kühnartig zurückgeworfen.

Mazedonische Front.

Die Kampftätigkeit im Becken von Florina blieb ruhig, sie lebte östlich des Bardar wieder auf.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 22. September 1916. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front gegen Rumänien.

Bei unveränderter Lage keine besonderen Ereignisse.

Heeresgruppe des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl

Die Angriffsfähigkeit der Russen in den Karpaten hat gestern etwas nachgelassen. Nördlich von Dorna Watra, südwestlich des Gebirgs Karajowa und im Gebiet der Ludowa wurden feindliche Vorstöße abgewehrt. Südlich von Wyrtzer ging die gestern zurückgewonnene Höhe Smotret wieder verloren. Sonst nichts von Belang.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei der Armee des Generalkorps v. Boehm-Ermoli nahm der Geschützkampf an Stärke zu. Ostlich von Swinitsch wirt der Feind unsere Gegenangriffe neue Kolonnen entgegen. Sie wurden überall zurückgeschlagen.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Bedeutung.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:

von Hoyer, Feldmarschallleutnant.

Ereignisse zur See.

Au der südlichen Adri wurde das französische U-Boot „Nourant“ von einem unserer Seeflugzeuge, Führer Regattenteleutnant Kolosny, Beobachter Regattenteleutnant Freiherr von Almburg, durch Bombentreffer versenkt, die gesamte Besatzung, zwei Offiziere und sechszwanzig Mann, viele davon in erstickendem Zustande, von diesem und einem zweiten Flugzeug, Führer Minenschiffleutnant Komjovic, Beobachter Regattenteleutnant Severa, gerettet und gefangen genommen. Eine halbe Stunde später wurden die Gefangenen von einem Torpedoboot übernommen und eingebracht, bis auf die zwei Offiziere, die auf den Flugzeugen in den Hafen gebracht wurden. Dantonkomanowa.

Truppen trotz dichten Nebels bis an die Ausgänge der Höhe 1550, etwa fünf Kilometer nordwestlich von Wladet, vorgeht. In dieser Gegend haben wir etwa 50 Gefangene gemacht.

Vom 21. September abends. (W. Z. V.) In der Somme-Front setzte unsere Artillerie während des Tages kräftig ihr Feuer gegen die feindlichen Anlagen fort. Nach neuen Auslagen in der gestrigen großen deutschen Gegenangriff auf dem Vorposten der Somme vom 18. Armeekorps, das von der Wälderfront herbeigeht worden war, und von der 24. Division ausgeführt worden. Diese Division war nach der russischen Front verladen, als sie mitten auf dem Wege den Befehl erhielt, nach der Somme zurückzukehren. Sie kam am 14. an, wurde in der Nacht vom 19. zum 20. in die Linie zurückgebracht und vom 20. morgens ab in der Gegend von Bouchavignes eingesetzt, wo sie außerordentlich schwere Verluste erlitt. Die Zahl der nördlich von der Somme am 20. September gemachten Gefangenen übersteigt 200. Zeitweilig ausgedehnte Beschichtung auf dem übrigen Teile der Front.

Belgischer Bericht: Von der belgischen Front ist nichts Besonderes zu melden.

Die englische Meldung.

Vom 20. September abends. (W. Z. V.) Das Wetter ist wieder sehr regnerisch. Die allgemeine Lage ist unverändert. Die feindliche Artillerie ist südlich von der Ancre tätig. Sonst nichts von Bedeutung. In den letzten 48 Stunden wurden hundert Gefangene gemacht.

Es wurde ein vom 24. August datiertes und von dem damaligen Chef des deutschen Generalstabes General von Falkenhayn unterzeichnetes Schriftstück erbeutet, das besagt: Der massenhafte Verbrauch an Geschützen in den letzten Monaten übersteigt die Produktion bedeutend. Dasselbe gilt von der Munition, deren Hauptvorräte eine ernste Verminderung erfahren haben. Es ist die Pflicht

aller Dienstgrade, nicht nur der Artillerie, sich eine Bekanntschaft dieses ernsten Standes der Dinge aneignen zu lassen. Alle Dienstgrade müssen sich ernstlich bemühen, für die Erhaltung des Materials mitzuwirken, da sonst der Krieg und die Aufstellung von Neuformationen im Felde unmöglich gemacht werden.

Vom 21. September nachmittags. (W. Z. V.) Die schweren Gegenangriffe hielten fort. Südlich der Ancre wurden heftige feindliche Gegenangriffe abgewiesen. Der Feind erlitt schwere Verluste. Wir machten in dieser Gegend Fortschritte und drangen an vielen Stellen in die feindlichen Linien ein.

Vom 21. September abends. (W. Z. V.) Die allgemeine Lage ist unverändert. Der Feind hatte mit Bombenangriffen in der Nachbarschaft von Noyon keinen Erfolg.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 21. September nachmittags. (W. Z. V.)

Westfront: Im Stodok und in der Gegend der Wladimir-Kowal-Kowno ergriff der Feind stellenweise die Offensive. Er wurde überall zurückgewiesen. In der Gegend von Korymka und Swinjusch dauerte der Kampf an. Wir nahmen hier 6 Offiziere und 687 deutsche Soldaten gefangen. Unsere Flieger unternahm eine Streife auf das Gebiet von Kofaitca, Madowicz und Kariowicz und besetzten feindliche Transporte und Wagnis mit gutem Ergebnis mit Bomben. Ein feindliches Flugzeug, das sich in einen Kampf mit dem unseren einließ wurde beschädigt und ging rasch nieder. In den Karpaten demächtigten sich unsere Truppen östlich vom Vany-Berg eines feindlichen Stellung auf einer der Anhöhen. Sie machten hierbei einen Offizier, einen Kadetten und 487 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten sechs Maschinengewehre, viele Waffen und Patronen.

Kaukasus: Unsere Truppen vertreiben die Kurden von dem Gebirgszuge Konstanul-Dagh südlich von Utsch. In den Stellungen herrscht Regen und Schneesturm. (Es folgen Berichte über die Vorgänge an den Fronten der Westfront.)

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 21. September. (W. Z. V.) Auf dem Gardasee erhielten unsere armerierten Boote feindliche Geschützfeuer, ohne irgendwie Schaden zu nehmen. In der gebirgigen Gegend zwischen Venet, Glimon und Blach wurden unsere Angriffsbewegungen hartnäckig fortgesetzt, allerdings behindert durch reichlichen Schneeeis. Am 19. September nachmittags haben wir einen feindlichen Angriffsschiffbruch auf die nördlichen Abhänge des Col Wron abgewiesen. Längs der jüdischen Front hat ununterbrochen harter Regen geherrscht die Tätigkeit der Artillerie eingesengt. In dem Hügelgebiet östlich von Gora hat eine unserer Abteilungen eine neue Stellung bei Sant Katharina mittels eines plötzlichen Sprunges besetzt. Auf dem Markt wurden feindliche Abteilungen, welche unsere Stellungen auf der Höhe 208, südlich von Sillanowa (Nova Ves), zu überrollen versuchten, sofort mit Geschützen zurückgeschlagen.

Rumänischer Bericht.

Vom 21. September. (W. Z. V.) In der Nord- und Nordwestfront Kämpfe in den Bergen von Galisman und Murgabid, wo wir einen Offizier, 188 Soldaten gefangen nahmen und ein Maschinengewehr erbeuteten. Eine Abteilung ist in Oderdalen (Sawetj Udorbest) eingesetzt. Im Jiu-Tale haben wir einen feindlichen Angriff zurückgeschlagen.

Südfront: Kanonade zwischen den Batterien von Jimitea und Siftoa. In der Dobrußa ist die am 18. September begonnene Schlacht, die an Heftigkeit bis zum 19. September abends zunahm, am 20. September mit der Niederlage des Feindes beendet worden. Die aus Deutschen, Bulgaren und Türken bestehenden Truppen des Generals haben sich nach Süden zurückgezogen. Auf dem Rückzuge hat der Feind die Dörfer in Brand gesetzt.

Ein Truppentransportschiff versenkt.

Berlin, 22. September. (W. Z. V.) Amtlich. Ein unserer Unterseeküste hat am 17. September im Mittelmeer einen vollbesetzten feindlichen Truppentransportschiff versenkt. Das Schiff sank innerhalb dreihundertzig Sekunden.

Die Regelung des „Tubantia“-Falles.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Wie wir hören, hat die Frage des Unterganges der „Tubantia“ zu einer Aussprache zwischen der niederländischen und der deutschen Regierung geführt. Die deutsche Regierung hat sich aus Rücksichten freundschaftlicher Gesinnung gegen die Niederlande bereit erklärt, die Frage nach dem Kriege einer internationalen Untersuchungskommission zu unterbreiten.“

Aufgebrachtes Schiff.

Berlin, 22. September. (W. Z. V.) In der Nacht vom 21. zum 22. September wurde in der Nordsee der englische Dampfer „Calister“ von der Great Eastern Railway Company durch deutsche Seekriegskräfte nach Jæderøge aufgebracht.

Beschlagnahme eines schwedischen Dampfers.

Kopenhagen, 22. September. (W. Z. V.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Nach einem Telegramm aus London haben die englischen Zollbehörden den in Swonons liegenden schwedischen Dampfer „Helios“ beschlagnahmt, der vor ein Kriegsgericht gestellt werden soll. „Helios“ hat eine Wollladung an Bord, die „Aktion Tidningen“ zufolge für die schwedische Heeresverwaltung bestimmt ist. Der Grund der Beschlagnahme ist unbekannt. Das schwedische Ministerium der Reichswehr hat die erforderlichen Schritte unternommen.

Die Hezè

gegen die italienischen Sozialisten.

Dugano, 14. September. (Sig. Ver.)

Am 10. August sind in einer römischen Buchdruckerei, die ein Mitglied des Zentralkomitees der Jugendorganisation Italiens zum Leiter hat, etwa 1300 Flugblätter, die den Ruf des Internationalen Sozialistischen Jugendbureaus zum 3. September enthielten, beschlagnahmt worden. Vier römische Genossen, die sich an der Jugendbewegung unmittelbar beteiligt, sind verhaftet worden, zwei von ihnen befinden sich bereits im Kriegsdienst, was ihre Ueberweisung an das Kriegsgericht zur Folge haben wird. Seitdem es der italienischen Partei gelungen ist, unter dem Beistand schweizerischer Genossen und oppositioneller Elemente aller Länder die Wiederaufnahme internationaler Beziehungen zwischen einem Teile der Sozialdemokratie aller Länder zu bewirken, seit der Aienthaler und Zimmerwalder Konferenz, haben sich dergleichen Vorkommnisse oft abgepielt: Viele Duganos von Verfahren sind bereits in Italien gegen Verbreiter des Zimmerwalder und Aienthaler Manifestes eingeleitet worden. Fast alle ohne Ausnahme haben in einem Freispruch ihren Abschluss gefunden, so daß es sich im großen und ganzen mehr um kleine Drangsalierungen, als um ernste Folgen handelt, wie es

Zur Rede Briands.

Der Pariser Korrespondent des 'Vornes' vom 18. September schreibt über Briands Rede:

In der Briandschen Erklärung wurde vor allem die gewaltige Wirkung im Ausdruck gerühmt. Briand vermied es sorgfältig, seine eigenen Erfolge irgendwie zu unterstreichen. Er hielt es auch angeht, die Besorglichkeiten Russlands nicht für nötig, die Balkanfrage zu rühren und bewachte sich, Franz sachlich zu sein, soweit das bei derartigen Kundgebungen im Kriege überhaupt möglich ist. Den Deputierten hat vor allem gefallen, daß die Erklärung des Ministerpräsidenten auch einige Mahnungen enthielt, nicht allzu optimistisch zu sein, den Gegner, der noch mächtig ist, nicht zu unterschätzen und sich nicht in ein gefährliches Sicherheitsgefühl erlauben zu lassen mit den Worten, der Sieg könne dem Verhandlung doch nicht entgegen. Diese Sprache war nicht unwohl. Sie ist im Parlament und im Lande gut aufgenommen worden.

Die politisch interessantesten Dinge der Briandschen Erklärung sind das zu suchen, wo vom Balkan die Rede ist. Da heißt es zunächst, Rumänien sei von Bulgarien verräterisch angegriffen worden. Der jüngste Verbündete könne noch größeren Schwierigkeiten begegnen, werde aber in seiner eigenen Kraft und in der seiner Bundesgenossen die Mittel finden, sie zu überwinden. Die Geschichte des Kriegsausbruches zwischen Rumänien und Bulgarien liegt noch im Dunkel; der Ausdruck Briands vom verräterischen Angriff unterstreicht dieses Dunkel nur, ohne es zu erhellen. Rumänien hat sehr wahrheitsgemäß gemeint, einen Grund zu haben, an die Neutralität Bulgariens zu glauben. Diesem rumänischen Irrtum werden die deutsch-bulgarischen Erfolge in der Dobruddana zugeschrieben. Briand legt mit bemerkenswerter Offenheit für Rumänien Schwierigkeiten ins Auge. Er sichert aber zugleich dem Verbündeten die Hilfe der Verbändnis-mächte zu. Das ist ein formliches Versprechen.

Dieses Versprechen hat im Munde Briands einen besonderen Wert. Briand ist der Mann der Balkanpolitik. Er steht im Mittelpunkt dieses Jahr einen der wichtigsten, wenn nicht den wichtigsten der Kriegsaufschläge. Seine Politik war und ist, einen Krieg zwischen die Mittelmächte und die Türkei zu schieben.

Revolutionsfurcht in Rußland.

Das Hauptorgan der russischen Bureaucratie, die 'Kowoje Wremja', schreibt in diesen Tagen:

Viele Leute haben wahrscheinlich von den friedlichsten, aber fürchterlichen Seiten die Beschränkung vernommen, daß nach dem Kriege eine Revolution ausbrechen könnte. Manche dieser von panischer Angst erlösten Leute zweifeln nicht im geringsten daran, daß in dem Augenblick, wo der Kanonendonner aufhört, der revolutionäre Sturm losbrechen wird.

Es ist anzunehmen, daß die Verwickelten des künftigen politischen Lebens diesen Leuten, die aus Furcht selber beunruhigende Gerüchte verbreiten, deshalb in so düsterem Lichte erscheinen, weil sie empfinden, daß vieles bei uns in Unordnung sich befindet, daß das Leben nicht auf glatter Bahn verläuft, sondern schwerlastig hin und her geschleudert wird. Die Verhältnisse der Kriegszeit vermehren noch die Unvollkommenheiten und Rißwunden. Hierzu kommt noch eine unerträgliche Steuerungs- und Finanznot. Daher die Unzufriedenheit. Sie gibt sich, aber es liegt unter der Oberfläche in Anbetracht der äußeren Gefahr, aber sobald die militärischen Operationen an der Front zu Ende sind, wird mit dem Zutritt neuer Brennstoffe die rote Flamme der Revolution emporzubrechen.

Die 'Kowoje Wremja' hält diese Befürchtungen, 'allzu ängstlicher Leute' für übertrieben, meint aber doch, daß man zur Vorbereitung eventueller Komplikationen eine Anzahl Reformen in Angriff nehmen müsse. Schon dieser Ratsschlag eines Blattes, das in Jahrzehntelanger Praxis gelernt hat, die Kasse nach dem Winde zu halten und die Schwankungen der politischen Atmosphäre zu erkennen, zeigt, daß die herrschenden Kreise Rußlands sich keineswegs starrer fühlten und mit der Möglichkeit revolutionärer Komplikationen nach dem Kriege rechnen. Andererseits beweist der Ratsschlag, dem revolutionären Sturm durch Reformen vorzubeugen, daß die 'Kowoje Wremja' nichts gelernt und alles vergessen hat. Mit ähnlichen Palliativmitteln hoffte die Bureaucratie auch nach dem russisch-japanischen Krieg die Revolution zu beschwören, mit dem Erfolg, daß jeder notwendig abgelehnt und durch durch verlogene Schritte auf dem Wege der Reformen die Position der Bureaucratie schwächte und der Gegenstände neue Kräfte zuführte. Jetzt allerdings liegen die Verhältnisse in Rußland infolgedessen anders, als die bürgerlichen Parteien inzwischen einen gewissen Anteil an der politischen Macht erlangt haben und sich zur Durchsetzung ihrer imperialistischen, antidemokratischen Ziele mit der Zuhilfenahme der Verbündeten haben. Dadurch hat das bisherlich modernisierte russische Regierungssystem zweifellos eine größere Stabilität und Widerstandskraft erlangt als in den Jahren 1904/05. Infolgedessen dürfte auch dieses System, trotz der Unterstützung seiner Bundesgenossen aus dem juristischen und kapitalistischen Lager, kaum in Gefahr sein, durch halbe Verprechungen und Mittel-Reformen die Welle der Volksbewegung aufzuhalten, die zweifellos nach dem Kriege in Rußland einsetzen wird.

Die Unruhen in Niederländisch-Indien.

Amsterdam, 22. September. (W. Z. W.) Ein hiesiges Blatt meldet aus Batavia, daß die Absetzung von 150000 Mann Polizeisoldaten geriet bei Moeara Tambesi in einen Kampf mit dem Feind, der schwere Verluste hatte. Von der Unruhe wurde ein Mann getötet, zwei schwer und acht leicht verwundet. Ein Mann ist ertrunken. Die eingeschlagenen Rebellen unternahmen einen zweiten Angriff auf Moeara Tebo, das nur von stromaufwärtsig Mann verteidigt war. Eine andere Kolonne kam den Verteidigern zu Hilfe. Auch in der Umgebung von Bangko wird heftig gekämpft.

Saig, 22. September. (W. Z. W.) Am 16. September fand bei Kenderboesoen, mitten zwischen Moeara Tambesi und Moeara Tebo ein Gefecht mit Rebellen statt, die mit Langen bewaffnet waren. Insees Truppen hatten einen Teil, drei Schwerverwundete und sieben Leichtverwundete. Die kuffischen hatten schwere Verluste. In Moeara Saonga ist es ruhig. Am 14. September wurden in Napat vier kuffische zum Tode verurteilt. Einer wurde bei einem Fluchtversuch erschossen, an den anderen wurde das Todesurteil vollzogen. Oberst Krosse teilt mit, daß die Bevölkerung des Doesoen Saengel-Manau sich unter einem einflussreichen Führer der kuffischen Bewegung angeschlossen hat. Aus Bangko wird nichts Neues gemeldet.

Kleine Kriegsnachrichten.

Reiskanal, 21. September. (W. Z. W.) Zur Vorbereitung der Arbeiten für den Empfang und die Verpflegung französischer und verwundeter Kriegsgesangener hat das Landesverteidigungsministerium ein Komitee ernannt, das aus dem Chef des Sanitätswesens des norwegischen Heeres, Oberst Daas, und dem Präsidenten des norwegischen Roten Kreuzes, Wissenschaftsdirektor Dame Jensen besteht. Eine endgültige Regelung erfolgt erst, wenn die Antworten der betreffenden Mächte eingetroffen sind.

Bern, 21. September. (W. Z. W.) 'Temps' zufolge brachen in Oporto in der Nacht zum 20. September Unruhen aus. 67 Personen wurden verhaftet, darunter der ehemalige Abgeordnete Manuel José Silva. Die nötigen Vorkehrungen wurden getroffen, um weitere Zwischenfälle zu vermeiden. Aus einer Marokkorkorrespondenz des 'Temps' ist ersichtlich, daß die Franzosen im Laufe des Sommers zahlreiche militärische Unternehmungen in ganz Marokko, vor allem gegen die längs des Atlasgebirges wohnenden ausländischen Stämme unternahmen mußten.

zweifelslos auch im gegenwärtigen Falle sein wird. Der 'Avanti' steht mit Recht die Mamage der Negresse vorans, die sich nochmals lächerlich machen wird. Daß es so sein wird, weiß auch die Negresse, allein für sie handelt es sich um einen Verwand, gegen den gehähten 'inneren Feind' Regierung und öffentliche Meinung zu mobilisieren, und zwar durch schmächtige, bis ins Lächerliche gehende Entstellungen und Verleumdungen. Am hellen Tage, ohne irgendwelche großen Hindernisse überwinden zu müssen, ist die Polizei in die verächtliche revolutionäre Druckerlei gedrungen, wo sie 1900 Aufrufe gefunden hat. Sofort werden von der Presse mehrseitige Marmarikel veröffentlicht, die darauf hinweisen, daß es sich um ein Komplott deutschfreundlicher Elemente gegen Italien handelt, dem die Polizei mühsam auf die Spur gekommen sei. Die Darstellung wird auf folgende Weise plausibel gemacht: Es handele sich um 400000 Aufrufe. Da das Papier sehr teuer sei, müsse jemand — ein früherer oder innerer Feind — dahinter stehen. Da das Manifest an die proletarische Jugend aller Länder gerichtet ist, so ist es nicht gut möglich, im Manifest selbst eine deutschfreundliche Note zu entdecken; aus diesem Grunde wird behauptet, das für Italien bestimmte Manifest sei von einem 'deutschen' Genossen untergeschrieben und nach Italien verandt.

Nun ergibt sich aber, daß in der Druckerlei nicht 400000 und auch nicht 50000 Flugblätter bestellt worden waren, sondern 4000, und daß aus Papierbezugs Geldmangel nur 1300 gedruckt werden konnten. Das den 'deutschen' Genossen betrifft, so handelt es sich um einen jungen Argentinier, der als solcher fünf Jahre lang in Rom gelebt und unter der proletarischen Jugend agitierte, weshalb er auch beim Ausbruch des Krieges aus Italien ausgewiesen wurde. In Deutschland ist er nie gewesen, . . . und das Manifest hat er schon aus dem Grunde nicht unterschreiben können, weil es die Kollektivunterschrift des internationalen Jugendauschusses trug. Somit ist in vierundzwanzig Stunden die aufgebaute Komplottgeschichte zusammengefallen. Während der vierundzwanzig Stunden ist aber tüchtig gearbeitet worden. So ist behauptet worden, das Manifest stände im Zusammenhang mit einer Sozialistenkonferenz, die angeblich in der Nähe von Zürich in den letzten Wochen stattgefunden habe. Das phantastische Gerücht über die Züricher Konferenz stammt aus Italien. Trotz der Wider-rufungen von berufener Stelle taucht es immer wieder auf, und zwar wird jetzt behauptet, an der sozialistischen Konferenz hätten auch katholische Abgeordnete, ja Vertreter religiöser Orden teilgenommen! Solche Gerüchte werden in Italien verbreitet, um die Stellung der Sozialisten moralisch und politisch zu kompromittieren, es handle sich um einen neutralen Rußhandel, nicht aber um eine prinzipielle Kriegs-feindschaft, nicht um einen bloßen Standpunkt! Sind Behauptungen, wie die eben angeführten, schon durch den großen Charakter allein dazu bestimmt, keinen Resonanzboden zu finden, so fand sie dessenungeachtet be-zieldnend für die Art und Weise, wie man die sozialistische Partei in Italien bekämpft. Da sie beweisen hat, daß zwischen ihr und den anderen Parteien keine Verührungspunkte, kein Burgfrieden entstehen kann und wird, will man sie mit Gewalt aus dem öffentlichen Leben entfernen. Diese Absicht ist gerade durch die Wache, die sich an die 'Manifest-entdeckung' knüpfte, klar und deutlich, ohne jeden Rückhalt von den Sozialistenfraktionen an den Tag gelegt worden. An der Spitze der Verleumder und Schärfer steht selbstredend das 'Popolo d'Italia', das irrtümlicher-weise in den letzten Tagen in der 'Auslandspresse' für das Organ der Reformisten ausgegeben wurde, während ihm auch diese winzige Ehre nicht zukommt — es ist das Organ der sich in den Dienst der Ententeländer gestellten Kriegsbeher, deren größter Teil aus Vertretern des Sozialismus besteht und die die Bekämpfung des Sozialismus, die Verleumdung ihrer ehemaligen Grundzüge, die Verleumdung ihrer ehemaligen Gefinnungsgenossen offen in ihr Programm aufgenommen, ja zugegeben haben, die Gründung des Blattes solle der Spaltung der sozialistischen Kräfte Italiens dienen. In diesem Blatte wird von der Regierung verlangt, sie solle doch ihre 'Nachsicht' den Sozialneutralfisten und der übrigen Kanaille gegenüber, die gegen das Vaterland konspiziert, aufgeben. Mit dem Unfuge, daß sozialistische Abgeordnete so ohne weiteres ins Ausland reisen können, solle aufgeräumt werden. Der 'Secolo' spricht von der 'notwendigen Jugend' und versteht darunter die 'Energie', die die Regierung den Sozialisten gegenüber anzuwenden hat, und zwar bestände in dieser Energie die Jugend der Völker. — Die 'Jugend der Revolutionäre' — und dieser Krieg — schlägt das 'demokratische Blatt' seine tiefstünnte Diagnose, ist ein 'revolutionärer Krieg'.

Nun ergibt sich aber, daß in der Druckerlei nicht 400000 und auch nicht 50000 Flugblätter bestellt worden waren, sondern 4000, und daß aus Papierbezugs Geldmangel nur 1300 gedruckt werden konnten. Das den 'deutschen' Genossen betrifft, so handelt es sich um einen jungen Argentinier, der als solcher fünf Jahre lang in Rom gelebt und unter der proletarischen Jugend agitierte, weshalb er auch beim Ausbruch des Krieges aus Italien ausgewiesen wurde. In Deutschland ist er nie gewesen, . . . und das Manifest hat er schon aus dem Grunde nicht unterschreiben können, weil es die Kollektivunterschrift des internationalen Jugendauschusses trug. Somit ist in vierundzwanzig Stunden die aufgebaute Komplottgeschichte zusammengefallen. Während der vierundzwanzig Stunden ist aber tüchtig gearbeitet worden. So ist behauptet worden, das Manifest stände im Zusammenhang mit einer Sozialistenkonferenz, die angeblich in der Nähe von Zürich in den letzten Wochen stattgefunden habe. Das phantastische Gerücht über die Züricher Konferenz stammt aus Italien. Trotz der Wider-rufungen von berufener Stelle taucht es immer wieder auf, und zwar wird jetzt behauptet, an der sozialistischen Konferenz hätten auch katholische Abgeordnete, ja Vertreter religiöser Orden teilgenommen! Solche Gerüchte werden in Italien verbreitet, um die Stellung der Sozialisten moralisch und politisch zu kompromittieren, es handle sich um einen neutralen Rußhandel, nicht aber um eine prinzipielle Kriegs-feindschaft, nicht um einen bloßen Standpunkt! Sind Behauptungen, wie die eben angeführten, schon durch den großen Charakter allein dazu bestimmt, keinen Resonanzboden zu finden, so fand sie dessenungeachtet be-zieldnend für die Art und Weise, wie man die sozialistische Partei in Italien bekämpft. Da sie beweisen hat, daß zwischen ihr und den anderen Parteien keine Verührungspunkte, kein Burgfrieden entstehen kann und wird, will man sie mit Gewalt aus dem öffentlichen Leben entfernen. Diese Absicht ist gerade durch die Wache, die sich an die 'Manifest-entdeckung' knüpfte, klar und deutlich, ohne jeden Rückhalt von den Sozialistenfraktionen an den Tag gelegt worden. An der Spitze der Verleumder und Schärfer steht selbstredend das 'Popolo d'Italia', das irrtümlicher-weise in den letzten Tagen in der 'Auslandspresse' für das Organ der Reformisten ausgegeben wurde, während ihm auch diese winzige Ehre nicht zukommt — es ist das Organ der sich in den Dienst der Ententeländer gestellten Kriegsbeher, deren größter Teil aus Vertretern des Sozialismus besteht und die die Bekämpfung des Sozialismus, die Verleumdung ihrer ehemaligen Grundzüge, die Verleumdung ihrer ehemaligen Gefinnungsgenossen offen in ihr Programm aufgenommen, ja zugegeben haben, die Gründung des Blattes solle der Spaltung der sozialistischen Kräfte Italiens dienen. In diesem Blatte wird von der Regierung verlangt, sie solle doch ihre 'Nachsicht' den Sozialneutralfisten und der übrigen Kanaille gegenüber, die gegen das Vaterland konspiziert, aufgeben. Mit dem Unfuge, daß sozialistische Abgeordnete so ohne weiteres ins Ausland reisen können, solle aufgeräumt werden. Der 'Secolo' spricht von der 'notwendigen Jugend' und versteht darunter die 'Energie', die die Regierung den Sozialisten gegenüber anzuwenden hat, und zwar bestände in dieser Energie die Jugend der Völker. — Die 'Jugend der Revolutionäre' — und dieser Krieg — schlägt das 'demokratische Blatt' seine tiefstünnte Diagnose, ist ein 'revolutionärer Krieg'.

Der 'Corriere della Sera', der sich über das demagogische Niveau der beiden zitierten Flugblätter manches Mal zu erheben beliebt, weist auf die Gefahr der sozialistischen Stellung dem Kriege gegenüber hin. Es handle sich in der Affäre der Flugblätter um nichts Neues oder Außergewöhnliches — es sei nur ein Ring in der Kette der sozialistischen Unternehmungen. Der Einfluß des sogenannten wissenschaftlichen deutschen Sozialismus sei verhängnisvoll, ja die italienischen Sozialisten gingen so weit, daß sie offen die Lösung 'Keine Sieger und keine Besiegten' proklamieren. Darin sieht der Vorkämpfer des Imperialismus die echte Gefahr. 'Das ist eine Lösung, die die reinste Insaufie verkörpert — was könnten die römischen Manifeste noch Schlimmeres sagen?' . . . 'Weder Sieger noch Besiegte', fährt der 'Corriere' fort, bedeutet das weitere Vorhandensein der dringenden nationalen Probleme, die durch das Bewußtsein der Zwecklosigkeit der schrecklichen Opfer nur noch verschärft sein werden, es bedeutet neue Kriege, sobald die Zentralmächte entsprechende Kräfte gesammelt und den Ueberfall vorbereitet. . . . Die Regierung solle die Grenze zwischen dem den Parteien 'Erlaubten und Nichterlaubten zu wahren verstehen, dann wird man auch ohne Reaktion auskommen. Die Reaktion ist nichts anderes als die Folge einer Schwäche, die ein unsicheres Wackeln zwischen einer sinnlosen Nachsicht und einer ebenlo sinnlosen Härte darstellt'.

Der 'Avanti' mißt dem Vorfall keine besondere Bedeutung zu, der inzwischen zum Vorschein gekommene Sachverhalt gibt dem Zentralorgan der sozialistischen Partei nur recht. An der Wache bleibt nichts als eine schmächtige Campaigne gegen die sozialistische Partei. Eine Stelle des von der Zensur sehr verkümmerten Kommentars des 'Avanti' hat im Auslande durch nicht ganz genaue Uebersetzung Anlaß zu einem Mißverständnis gegeben. Es wird nämlich behauptet, der 'Avanti' hätte beständig, daß in Zürich eine internationale Konferenz stattgefunden habe. Das ist keineswegs der Fall. Da vom 'Komplott in Zürich' die Rede war, bemerkte das Zentralorgan der italienischen

Partei 'Komplott in Zürich', keineswegs aber internationale Zusammenkünfte und Unterredungen. Der 'Avanti' bezieht sich auf Zimmerwald und Kiental, deren Beschlüsse und Manifeste aus strengste zensuriert und überhaupt von der italienischen Zensur 'aufgehoben' wurden. Von einer Zusammenkunft in Zürich ist im 'Avanti' nur im vornehmenden Sinne die Rede. (s)

Tisza über die polnische Frage.

Budapest, 21. September. (W. Z. W.) In seiner Rede im Abgeordnetenhaus ging Ministerpräsident Graf Tisza auch auf die Streit der österreichisch-ungarischen Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete ein und sagte: Es ist selbstverständlich, daß auf einem Gebiete, wo sich während des Krieges die verschiedensten Armeen und die ihnen beigegebenen administrativen Organe abteten, allerlei Mißbräuche und Unannehmlichkeiten vorkommen. Aber der Abgeordnete, der sich mit dieser Frage befaßt, hat selbst zugestanden, daß die Verwaltung der von unseren Truppen besetzten polnischen Territorien sehr weitgehende Beweise ihrer Liebe zur Sache, ihrer Sorgfalt und ihrer Sympathie für die polnischen Angelegenheiten bewiesen habe, und ich glaube, es würde nicht der Mühe wert sein, auf diese Beweise zurückzukommen. Wir erweisen auch der Sache keinen guten Dienst, wenn wir das Bild schwarzer Fäden und die unglücklichen Seiten mehr hervorheben als die glänzenden. Ich beschränke mich nicht nur darauf festzustellen, daß es keinen maßgebenden Faktor der Monarchie gibt, der sich mit der polnischen Frage nicht mit der größten Sympathie befaßt, der nicht von der ganzen Tragweite der Aufgabe durchdrungen wäre und nicht bestrebt wäre, an einer solchen Lösung mitzuwirken, welche innerhalb der Grenzen der Möglichkeit die berechtigten Ansprüche und Wünsche der polnischen Nation in Betracht zieht. (Redakteurstimmungen.) Ich glaube, daß wir der polnischen Nation dankbar die Vergebung und Duldung gewähren können, daß ihre Bestrebungen von jedem zuständigen Faktor der Monarchie verständnisvoll und mit einer von Sympathie erfüllten Sorgfalt gepflegt werden.

Nach den Schlussbemerkungen des Grafen Andrássy und Tsyponhi wurden ihre Anträge bezüglich der Einberufung der Delegationen von der Mehrheit abgelehnt.

Oesterreich-Ungarn und Amerika.

Wien, 22. September. (W. Z. W.) Im ungarischen Abgeordnetenhaus erklärte Ministerpräsident Graf Tisza mit Bezug auf die von einem Redner erhobene Frage der bisherigen Nichtbesetzung des Vizekonsulatspostens in Amerika, er könne dem Hause die Versicherung geben, daß alle zuständigen Faktoren der Monarchie ein großes Gewicht auf die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten legen und durchaus nicht auf dem Standpunkt des Schmollens stehen und jedenfalls feinerzeit Mittel und Wege zur entsprechenden Erledigung der Angelegenheit finden werden.

Die westschweizerischen Kantone gegen die Militärdiktatur.

Man schreibt uns aus der Schweiz: Die freiwillige Abdankung des schweizerischen Bundesrates am 8. September zugunsten der Militärdiktatur, die die Demonstrationen der sozialdemokratischen Jugendorganisation eventuell im Glute ersticken sollte, hat im Bürgerturn der französischen Schweiz tiefe Empörung hervorgerufen. Es fanden große Protestversammlungen statt, in denen bürgerliche Regierungen, National- und Ständeräte die schärfste Kritik an der freiwilligen Abdankung der Zivilgewalt durch den Bundesrat und der Proklamierung der Militärdiktatur mit der Vergewaltigung der Kantonsregierungen geübt und Protestbeschlüsse gefaßt wurden. Ueberdies haben auch die Regierungen der Kantone Genf, Waadt und Neuchâtel selbst an den Bundesrat scharfe Proteste gerichtet. Es wird da eine scharfe Sprache geführt und es heißt in dem Protest der waadtländischen Regierung:

Es waren also nicht nur diese militärischen Maßnahmen an sich, ohne daß die Kantonsregierungen eine solche Intervention irgendwie verlangt hätten, ohne daß sie auch nur über die Situation und die Notwendigkeit oder die Opportunität solcher Maßnahmen konsultiert worden wäre; es hätte vielmehr geschehen können, daß entgegen dem Willen der Kantonsbehörden ein Vertreter des Armeekommandos in förmlicher Auslegung der erhaltenen Instruktionen mit seiner Truppe intervenierte und so eigenmächtig öffentliche Aufstellungen provozierte, wo die bürgerliche Polizei vollständig genügt hätte, oder wo es ihr besser gelungen wäre, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten oder wieder herzustellen. . . . Wir glauben indessen als kantonale Regierung, die ihrer Verantwortung sich bewußt und die entschlossen ist, ihre Aufgabe unanfechtbar zu erfüllen, und einer Willkürverletzung schuldig zu machen, wenn wir sowohl für die Gegenwart wie für die Zukunft nicht auf das Bestimmteste erklären, daß wir eine direkte Intervention der Armes im Sinne der angeführten Instruktionen nicht gestatten können. Diese Unterordnung der Zivilgewalt unter das Armeekommando ist nicht nur verfassungswidrig und für die betreffenden Behörden verlegend, sondern vielmehr geeignet, unter Umständen Unruhe zu provozieren, statt die Gemüter zu beruhigen.

Diese amtliche und allgemeine Protestbewegung der französischen Schweiz gegen das gewaltsame Vorgehen des Bundesrats sieht vorteilhaft ab von der Haltung des gesamten Bürgerturns der deutschen Schweiz, in der die Sozialdemokratie ganz allein blieb mit der Verteidigung von Freiheit und Demokratie gegen die verfassungswidrigen absolutistischen Anwendungen des Bundesrats, die von den bürgerlichen Parteien verteidigt wurden und werden. Da am 18. September in Bern die Bundesversammlung zu einer außerordentlichen Session zusammengetreten ist, haben die Vertreter der französischen Schweiz in den beiden Parlamenten die schönste Gelegenheit, auch da ihren Mann zu stehen und entschlossen die Demokratie gegen die Reaktion zu verteidigen und zu sichern. An den Sozialdemokraten werden sie dabei entschlossene Kampfgenossen finden.

Kriegsfeindliche Propaganda in Frankreich.

Der Honer 'Nouvelles' teilt laut einem Genfer Telegramm der 'Voff. Zh.' aus Anlaß der Friedensdebatte in der Kammerführung vom Dienstag mit, daß die Propaganda der sozialistischen Widerheit gegen den Krieg in Frankreich erheblichen Umfang annahm. In den Schützengräben werden geheime Flugblätter für den Frieden in großer Zahl verbreitet. In einem dieser Zirkulare heißt es, man stelle sich Schmerz vor, daß eine Anzahl Genossen sich zu Mitschuldigen der Verbrechen der Regierung mache. Man rühme die, die lieber auswanderten, als daß sie unter dem Vorschlag ihrer wirklichen Feinde die Arbeiter des Rascharvolles ermordeten. In der Flugblätter wird weiter Klage geführt, daß die Zensur nicht erlaube, die langen Tiraden über den brutalen Angriff Deutschlands, die Verächtlichung des preussischen Militarismus und die Wiederherstellung der Rationalität zu widerlegen. Das Honer Blatt bezeichnet diese Propaganda als Hochverrat und fordert die französische Regierung auf, nach dem Beispiel der italienischen durch Schließung der Druckereien und Verhaftung oder Ausweisung dieser Propagandisten scharf einzuschreiten.

Gewerkschaftliches.

Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses.

Beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund hatten der Italienische Gewerkschaftsbund und Genosse Legien in Berlin, der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, das Gefühl auf Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses in der Schweiz gestellt. In seiner Sitzung vom 15. September beschloß der Ausschuß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes die Ablehnung des italienischen Beschlusses, weil ein Vorgehen über den Kopf des bestehenden Internationalen Gewerkschaftsbundes hinweg nur neue Konflikte schaffen würde. Dem Gefühl des Genossen Legien dagegen wurde entsprochen, obgleich man sich bewußt ist, daß zurzeit noch kein internationaler Kongreß der Gewerkschaften zustande kommen könnte, der diesen Namen verdient, weil die einen nicht kommen können und die anderen nicht kommen wollen. Aus dem Kongreß werde wahrscheinlich, wie mit allen derartigen Veranstaltungen während des Krieges, nur eine Konferenz werden. Die Schweizerischen Gewerkschaften wollen aber durch die Uebernahme ihren guten Willen zeigen, alles zu tun, was zum Gelingen der Sache beitragen kann. Es bleibt nun abzuwarten, welche Stellung die gewerkschaftlichen Zentralen der anderen Länder zu dem Kongreßprojekt einnehmen werden.

In der gleichen Sitzung wählte der Gewerkschaftsausschuß als Nachfolger des Genossen August Huggler, der Generalsekretär des Schweizerischen Jugerpersonalverbandes geworden ist, den Genossen Karl Dürr, bisher Sekretär des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, zum Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Zugleich wurde auf Antrag der Vertreter der französischen Schweiz beschloßen, nach Eintritt besonderer Verhältnisse einen zweiten Sekretär anzustellen, dessen Muttersprache das Französische ist. Den lokalen Sektionen der Eisenbahnerverbände, die dem Gewerkschaftsbund angehören, aber noch nicht den lokalen Arbeiterunions, wurde der Anschluß an diese empfohlen, der ihre moralische Pflicht sei. Trotzdem soll irgend ein Zwang in dieser Beziehung auf die Eisenbahner nicht ausgeübt werden, da viele dieser Organisationen politisch neutral sind. Grundsätzlich wurde ferner entschieden, daß die Gastwirtegegildern sich dem Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiterverband anzuschließen haben.

Berlin und Umgegend.

Lohn darf niemals einbehalten werden!

Vor der Schlichtungskommission der Schneider erschien ein Zwischenmeister, der nicht Inhaber seines Geschäftes ist. Er hatte zwar Vollmacht von — seiner Frau, aber doch nicht genügend, um sich auf eine Einigung einlassen zu können.

Es klagten zwei Arbeiterinnen gegen diese merkwürdige Firma. Die eine verlangte 5,70 M. und die andere 15 M., welche Summen die Betriebsinhaberin einbehalten hatte.

„Sie kommen Sie denn eigentlich dazu, den Frauen ihren Lohn vorzutun?“ fragte Magistrat v. Schulz.

Der Beklagte redete sich damit heraus: die 5,70 M. habe er bezw. seine Frau einbehalten, weil die Frau, ohne ihre Arbeit fertig zu machen, fortgegangen sei, die 15 M., weil er habe ausbessern und ändern müssen an der gelieferten Arbeit. Er nannte auch die Änderungen.

Kunze vom Schneiderverband: „Und dafür behalten Sie 15 M. Arbeitslohn ein? Die Änderungen sind mit 50 Pf. reichlich bezahlt.“

Beifitzer Ober: „Wie kommen Sie denn dazu, für die angeblichen Ausbesserungen gleich 15 M. abzugeben, dazu haben Sie doch nicht das geringste Recht?“

Beklagter: „Ja wohl, wenn ich ausbessern lassen muß, behalte ich eben den Lohn ein.“

v. Schulz: „Sie haben vielleicht Erfahrungsanspruch, aber nimmermehr dürfen Sie der Frau den Lohn vorenthalten. Und der andere Frau können Sie erst recht nichts abziehen, wenn sie ohne Kündigung eingestellt war, konnte sie jederzeit ausbessern.“

Beklagter: „Sie hat ihre Arbeit nicht fertig gemacht, da konnte ich ihr doch den Lohn einbehalten.“

v. Schulz: „Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, daß Sie hierzu kein Recht haben.“

Die betreffende Klägerin: „Ich werde doch nicht bleiben, wenn der Mann mir Wapfen anbietet!“ Da der Beklagte keinen Vertrag eingehen, sondern die Klage vertagt haben wollte, damit seine Frau erst noch mal herkommen könne, erklärte der Vorsitzende: „Es liegt für die Kommission keine Veranlassung vor, den Fall zu betragen, die Sachlage ist völlig geklärt, die Aussage der Ehefrau könnte daran auch nichts mehr ändern.“

Es erfolgte denn auch folgender Beschluß:

Der Beklagte wird verurteilt, an die erste Klägerin 12 M. auszus zahlen, 8 M. sind für die von ihr verschuldeten Ausbesserungen anzurechnen. Für die zweite Klägerin sind 5,70 M. voll

nachzusahlen. Hat der Beklagte durch sie Schaden gehabt, so könne er klagen, Löhne dürfen aber niemals einbehalten werden!

Durchlesen, was man unterschreibt!

Diese Mahnung kann gar nicht eindringlich und oft genug wiederholt werden. Es machte vor der Schlichtungskommission mehrere Arbeiterinnen eine Nachforderung geltend. Die Unternehmerin legte ein Buch vor, in dem die Frauen unterschrieben hatten, daß sie nichts mehr zu erhalten hätten.

Die Frauen hingegen wußten ein, sie hätten nur unterschrieben, weil sie annahmen, es bezöge sich auf ihre Papiere. Daß es sich auf Geldangelegenheiten bezöge habe, darauf seien sie nicht aufmerksam gemacht worden.

Magistrat v. Schulz zur Beklagten: „Man erlebt es ja so oft, daß Leute ihr Todesurteil unterschreiben, ohne es zu wissen. Ich frage darum: sind die Klägerinnen auf das, was sie zu unterschreiben hatten, ausdrücklich aufmerksam gemacht worden?“

Beklagte: „Ja wohl, durch meine Buchhalterin.“

Die Klägerinnen: „Kein, die war gar nicht dabei!“

In der Klage selbst handelte es sich auch um den merkwürdigen Fall, daß den Frauen für die Benutzung von Nähmaschinen 15 M. monatlich angerechnet worden waren.

Das Urteil lautete: Die Beträge für die Maschinen sind binnen 24 Stunden den Frauen zurückzuerstatten. Im übrigen seien die letzteren abzuweihen. Der betreffende Artikel sei nicht taxiert gewesen. Die Beklagte war nur verpflichtet, angemessene Löhne zu zahlen, dies sei aber geschehen.

In einer anderen Sache mußte ein Unternehmer 92,18 M. und 75,07 M. nachzahlen. Er hatte für Hosen statt 1,05 M. nur 80 Pf. bezw. 75 Pf. gezahlt. Dieser Zwischenmeister hatte einen Tarif vom Vorkriegsamt vorgelegt, der aber nicht genehmigt worden war. Er entschuldigte sich damit, daß er geglaubt habe, der Tarif sei genehmigt worden, fand aber weder bei dem Richterkollegium noch bei den Vertretern des Vorkriegsamtes Glauben.

Die Rahmenmacher nahmen am Donnerstag in einer Vertrauensmännerversammlung Stellung zur Feuerungszulage. Es wurde ausgedrückt, daß das Vertragsverhältnis von Organisation zu Organisation abgeschlossen ist, so haben die Unternehmer der Rahmenmacher ebenfalls den Zuschlag von 25 Proz. zu geben. Sie sagen jetzt allerdings vielfach, sie wüßten von nichts und wollen deshalb nicht zahlen. Es kam in der Sitzung einmütig zum Ausdruck, daß, wo die Zulage nicht gezahlt wird, die Arbeiter sich nach anderer Arbeit umsehen sollen. Da die Rahmenmacher jetzt sehr gerührt sind, so kommen hierbei die Arbeiter nicht zu Schaden. Ferner wurde noch erklärt, daß die Rahmenmacher sich der Vereinbarung unterwerfen, aber doch lieber vertragslos weiter gearbeitet hätten.

Der Handlungsgehilfenverband (Bezirk Berlin) nahm in seiner Versammlung am Donnerstag den Geschäfts- und Kostenbericht für das zweite Quartal entgegen. Daraus ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl von 3924 auf 3905 zurückgegangen ist. Der Rückgang erstreckt sich nur auf die männlichen Mitglieder und ist hauptsächlich auf Einberufungen zum Militär zurückzuführen. Dagegen hat die Zahl der weiblichen Mitglieder eine mächtige Zunahme erfahren. Die innere Kraft der Organisation ist trotz der Kriegseinwirkungen unerschütterlich geblieben. Auch im abgelaufenen Vierteljahr hat der Verband in verschiedenen Betrieben Bewegungen zur Erlangung von Feuerungszulagen geführt. Die Bewegungen hatten in einigen, jedoch nicht in allen Fällen Erfolg. Noch nicht abgeschlossen sind die mit anderen Angestelltenverbänden gemeinsam geführten Bewegungen in der A. G. S. und der Demag. Hinsichtlich der Forderung der Demag-Angestellten hatte man das Kriegsministerium um Vermittlung erludt. Das Kriegsministerium schlug die Bildung eines Angestelltenauschusses vor, der mit der Direktion verhandeln könne. Es laßt sich aber seiner der Angestellten bereit, ein Mandat für den Ausschuß anzunehmen. Die Angestellten fürchteten, eine entschiedene Vertretung ihrer Interessen im Ausschuß könnte für sie nachteilig sein. Obgleich das Kriegsministerium zugesichert hat, daß derartige nicht vorkommen dürfe, war die Befürchtung der Angestellten nicht zu beseitigen. Der Ausschuß kam deshalb nicht zustande.

Um eine rege Agitation unter den weiblichen Angestellten zu betreiben zu können, ist eine Kommission eingesetzt worden. Der Leiterin derselben, Frau Klettner, billigte die Veranlassung eines Sitzes in der Ortsverwaltung zu. — Mit Rücksicht auf die durch den Mitgliederrückgang verursachten Verminderungen der Einnahmen beschloß die Veranlassung auf Antrag der Ortsverwaltung die Erhebung eines monatlichen Ortsbeitrages von 20 Pf.

Durch Anfrage beim Hauptvorstand ist festgestellt, daß dieser Verbandsgelder in Kriegsanleihe angelegt hat. Hierüber wurde in der Versammlung lebhaft diskutiert und gegen einzelne Stimmen eine Resolution angenommen, welche diese Maßnahme des Hauptvorstandes mißbilligt und ermahnt, daß sie nicht wiederholt werde.

Die Ertragwahl zur Ortsverwaltung hatte das Ergebnis, daß Berger als zweiter Vorsitzender und Fräulein Reuthal als Schriftführerin gewählt wurden.

Deutsches Reich.

Lehrlingslöhne im Malergewerbe.

Auch das Malergewerbe leidet überaus stark unter dem jetzt ganz allgemein fühlbaren Lehrlingsmangel. Neben anderen Ursachen dieser Erscheinung ist eine der hauptsächlichsten die geringe Entlohnung der Lehrlinge, die seit Jahren nicht oder nur ganz geringfügig steigt, so daß es minderbemittelten Eltern und Erziehern gar

nicht möglich ist, davon den Unterhalt der jungen Leute zu bestreiten. Natürlich tauchte angefaßt dieser Verhältnisse für den Verband der Maler, besonders als die wirtschaftlichen Kriegsfolgen immer stärker wirkten, die Frage auf, ob nicht von zentraler Stelle aus bei den Organisationen der Unternehmer auf eine Erhöhung der Lehrlingsentlohnungen hingearbeitet werden sollte. Der Verband beschloß indes aus bestimmten Erwägungen heraus ein mehr örtliches und persönliches Vorgehen. Die Preise der Unternehmer mußte davon Notiz nehmen und bald haben sich die einzelnen Unternehmer vor die Aufgabe gestellt, entweder ohne Lehrlinge auszukommen oder Feuerungszulagen auch für die Lehrlinge zu zahlen.

Das veranlaßte jetzt den Obermeister der Berliner Malerinnung zu folgender in verschiedener Hinsicht auch allgemein recht bemerkenswerten Betrachtungen im offiziellen Organ der Innung und des Arbeitgeberverbandes, der „Berliner Maler-Zeitung“. Er stellt zunächst fest, daß das unter Mitwirkung der Handelskammer festgesetzte Kostgeld für einen Malerlehrling in Berlin seit 1909 im ersten Lehrjahr 5 M., im zweiten 6 M., im dritten 7,50 M. und im vierten Lehrjahr 9 M. beträgt, daß beim Vorliegen eines Schulabgangszeugnisses der ersten Klasse und wenn der Lehrling Talent im Zeichnen hat, eine dreijährige Lehrzeit vereinbart, unter gewissen Umständen auch die Zahlung eines Kostgeldes angeknüpft werden kann. Also brauche kontrolliert jeder Meister auch jetzt nur das genannte Wochenlosgeld zu zahlen, so lange von einer Innungsverammlung nichts anderes beschloßen sei. — Hierauf fährt er fort:

„Angemessen aber ist es, ob dieses Kostgeld in jetziger teurer Zeit als angemessen angesehen werden kann und ob es nicht eine Ehrenpflicht des Meisters ist, dasselbe den Verhältnissen entsprechend zu erhöhen. Daß aber ein in der Entwicklung begriffener, sich ausarbeitender junger Mensch vom benannten Kostgeld erhalten werden kann, ist eine Unmöglichkeit. Wenn nun der Vater des Lehrlings zu Kriegsdiensten eingezogen wird und der Mutter die Sorge um die Ernährung des Jungen auch noch aufgebürdet ist, so geht dies über ihre Kräfte und der Meister muß helfend eingreifen, um im Lehrverhältnis eine Stodung zu vermeiden.“

Da die Meisterchaft es eingesehen hat, daß den Gehilfen und Anstreichern eine Feuerungszulage von 6 Pf. pro Stunde gleich wöchentlich 3 M. zugebührt werden mußte, so bedarf es nicht erst eines formellen Beschlusses der Innung, auch dem Lehrling eine entsprechende Feuerungszulage zu gewähren, sondern das Gefühl der Gerechtigkeit gebietet es, den Ernährer des Lehrlings mit einer Ertragzulage während der Dauer des Krieges und der großen Leuerung zu unterstützen. Die Lebensmittel des Lehrlings sind genau so hoch im Preise wie die des Gehilfen und der Wagen des Lehrlings begehrt ebenso förmlich und oft nach Nahrung wie der eines Arbeitnehmers oder Meisters.

Ein großer Teil unserer Lehrlinge ausbildenden Kollegen hat längst eine Feuerungszulage gezahlt und dadurch die Arbeitsfreudigkeit des Lehrlings und auch dessen Wagem gestärkt. Nach von uns eingezogenen Erhebungen sind es 2-3 M., welche freiwillig gegeben werden. Diese Einigkeit ist lobenswert und bedürfte nicht erst eines Innungsbeschlusses.

Ein Teil der Meister aber haben es abgelehnt, ihren Lehrlingen eine Feuerungszulage zu gewähren. Diese Herren möchte ich dringend bitten, bei ihrem ablehnenden Standpunkt nicht zu beharren und der schweren Zeit Rechnung zu tragen. Ihr jetzt „rechtlicher“ Standpunkt kann zum Schaden des Meisters auslaufen, gereicht auch dem ganzen Gewerbe nicht zur Ehre.

Unheimlichkeiten zwischen Meister und Lehrling oder dessen gesetzlichen Vertreter werden von den beruflichen Organen der Innung stets unparteiisch geprüft und geregelt. Sollten aber Lehrverhältnisse durch die Vertrennung der Verhältnisse und Pflichten einer Partei eine Störung erfahren, so kann der schuldige Teil, selbst wenn er die Grenzen seines gesetzlichen Rechtes eingehalten, auf eine für ihn günstige Regelung keinen Anspruch erheben.“

Wenn die Meister nicht ohne weiteres ihrer Pflicht nachkommen, dann ist nicht zu verstehen, warum sie nicht dazu durch Innungsbeschlüsse gezwungen werden. Das Vorgehen des Obermeisters der Berliner Malerinnung wird aber sicher eine gewisse Wirkung, auch über Berlin hinaus, auslösen und das übrige wird von anderer Seite auch in den übrigen Teilen des Reiches vollends nachgeholt werden.

Ausland.

Kein Streit der Uhrenarbeiter in der Schweiz.

Der Konflikt in der Uhrenindustrie Wiels ist insofern friedlich beigelegt worden, als vereinbart wurde, rücksichtige Uhrenfabrikanten zu veranlassen, ihre Löhne auf die normale Höhe zu bringen. Sodann soll in allen Fabriken zwischen den Arbeitern und den Unternehmern über die Gewährung einer Feuerungszulage verhandelt werden. Erst dann, wenn durch diese direkten Verhandlungen keine Einigung erzielt wird, sollen die beiderseitigen Organisationen gemeinschaftlich eingreifen.

Wetterausrichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Zeitweise neblig, sonst trocken und plätsch heiter, in den Mittagsstunden mild, in der Nacht zum Sonntag wieder sehr kühl.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

| | | | | | | |
|---|---|--|---|--|---|---|
| Alkohole, Getränke Franz Abraham Eink. Hesseln-K. Bollmertrank-ell. 6.11.21. Bahnh. 84. Forosp. Kpt. 137.708 | Ersteht 2 mal wöchentlich. Butter, Eier, Käse Wilhelm Göbel 25 eigene Füllalien. August Holtz 15 Detail-Geschäfte. Herm. Kasert, Calmstr. 29 | Bierbrauerei, Bierhandlg. Brauerei Bötzw empfehl. Qualitätsbiere ersten Ranges. Osw. Berliner Ur-Berliner, hell und dunkel | Cacao, Schokolade, Confitüren SAROTTI Kakao und Schokolade preiswert beliebt in jedem Haushalt. Eisen, Stahl, Waffen, Werkz. Carl Jung, Stromstr. 31. Rühlmann, P.-Möllnerstr. 40b, K. Seest | Kolonialwaren Fritz Hübner, Schliemannstr. 11. Kaffee-Rösterei A. Zuntz sel. Wwe. Filialen und Niederlagen in allen Stadtteilen Nur reelle Qualitäten Anerkant verarbeitete Spezialitäten Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc. Hamburger Kaffee-Importgeschäft Emil Tengemann Menhandlungen Bethke, Georg, Wäsche- Str. 64, Weesperstr. 139, Friedenstr. 23 Trepow, Grün-Str. 64. | Unterstehende Geschäfte empfehlen sich h. Einkauf. „Schweizerhof“ Meyer und Milchkanstalt. Emdener Str. 46. u. Tel. II 2355. Nähmaschinen Gollnowstr. 26 Bellmann, E., Nähmaschinen Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen. Optiker, Mechaniker Groß, Paul, Warschauerstr. 69. Schubert, Carl, N. Kl. Br. 148 Weine, Liköre, Fruchtstoffe Hugo Beling 60 Filialen in allen Stadtteilen. Herm. Meyer & Co., Act.- Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl. | Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21. Alt Moabit 11. 98.193 u. Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb Schreibwaren O. Frochow, Müll. Hermannstr. 69 Uhren u. Goldwaren Lehmann, Alb., Frankf. Allee 60 Versicherungen „Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung — Schutzver- sicherungsbekanntmachung, str. 2. Wirtschaften, Etablissemt. O. Rohloff, Str. 1. Brauer-Königsplatz Original-Schultheiß-Ausschank Alexanderpl., Rich. Schloßgäss. Wahlgelb Frau A. Pagel, Kolonialwaren. Warenlager H. Wagner, Köpenick, 11. Pl. Str. 10 Spandau Schneiderei, Berlin, 15. Pl. Str., Wey |
| Neukölln Anzengruberstr. 25. Koppenstr. 93 sämmtliche Bäder. National-Bad, Brunnenstr. 3. Passage-Bad Kottbuser- Damm 73. Reform-Bad, Wiener Str. 65. Bäder- u. Konditoreien Br. Friedrich, Eisenbahnstr. 31. | Kosmalla, E., 4 Detail- Geschäfte Schröter, R. 43 Verkaufsstellen 43 Uhly & Wolfram Cigarrenfabriken JUHL 250 GESCHÄFTE J. Neumann 200 Niederlagen | C. Habels Brauerei hell — Habelbräu — dunkel. Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg Trink Wanninger Bier! Weissbier, C. Breithaupt, Fallsadenstr. 97 Tel. Kpt. 1081, 2032 Örogen und Farben Werder-Drogerie, Britz, Badestr. 15 Essigfabriken Timmer-Essig überall erhältlich! | W. Beck Inh.: Herm. Gerboch Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69 Fleisch- und Wurstwarenfabrik Willy Gerboch, Petersburgerstr. 31 Otto Kogel, Alte Jacobstr. 28. Rostockerstr. 42. Luebke, Joh. Fleisch- u. Wurstfabr. Milch, Mützen, Pelzwaren Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 44 Vester, E. Kottbuser- Damm 1819 Herren-u. Knabengard. J. Baer Rosenstr. 2. Eckhaus Linienstr. Fabisch & Co. Seid.-Allee 7 | Photogr. Apparate M. Albrecht 50. Kottbuserstr. 3. auch Gelegenheitsl. f. Photo-Jansen, Hauptstr. 23. | Herm. Meyer & Co., Act.-Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl. | Underberg Bismarck- SEMPER IDEM anerkannt bester Bitterlikör |

Leihhaus Moritzplatz 58a

Größtes Gelegenheits-Kaufhaus dieser Art für Herren- und Damen-Garderobe, Pelze u. Schmucksachen. Tägl. Verkauf von Kavalieren wenig getragener sowie umsatz gewonnener Jackett, Rock-Anzüge, Paletots, Ullster, teils auf Seide, enorm billig. Großes Lager in neuer Maßgarderobe, aus feinsten Stoffen in erstklassiger Verarbeitung. Große Auswahl in Damen-Kostümen, Ulstern, Plüsch- u. Astrachan-Mänteln bis zur feinsten Ausführung. Gelegenheitskäufe in Pelzkragen, Pelerinen, Skunks, Harde, Nerz, Alaska, Blau- und Weißtuch u. a., in modernster Ausführung, statt 40-250 M. jetzt 20-125 M. Große Auswahl in Herren-Gehelpen, Damen-, Reise-, Wagen-Pelzen. Extra-Angebot in Lombard gewonnener Teppiche, G.-dinen, -tüchern, Betten, Wäsche, Uhren, Ringe, Brillanten zu enorm billigen Preisen. V. a. a. -Leser erhalten 10% extra.

Verantwortl. Redakt.: Alfred Wietzke, Neukölln. Inj.-ratenteil verantw. Ed. Gliese, Berlin. Druck u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Chronik des Weltkrieges.

23. September 1914.

Westlicher Kriegsschauplatz: Auf dem rechten Flügel des deutschen Westheeres steht der Kampf. Französische Umsfassungsoversuche hatten keinen Erfolg.

Die gegen die Sperrforts südlich Verdun angreifenden Armeeteile haben heftige Gegenangriffe aus Verdun und Toul siegreich abgeschlagen.

In Französisch-Lothringen und an der eisässischen Grenze wurden die französischen Vortruppen an einzelnen Stellen zurückgedrängt. Eine wirkliche Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Auf dem russischen Kriegsschauplatz fanden in den letzten Tagen nur Artilleriekämpfe statt.

In Serbien ringen österreichische Balkanstreitkräfte mit größter Fähigkeit um den Erfolg. Einige wichtige Positionen wurden bereits genommen.

23. September 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz: Die Kampfaktivität beschränkte sich auf Artilleriefeuer.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Westlich Dünaburg gelang es, in die russische vorgeschobene Stellung einzudringen. Ueber 2100 Russen wurden gefangen genommen.

Auch nördlich von Olshiana konnten in Verfolgung des weichenen Gegners über 1000 Gefangene eingebracht werden.

An der Isona und am Styr kam es an mehreren Stellen zu heftigen Kämpfen mit den österreichisch-ungarischen Truppen.

Die bisher östlich Luck befindlichen Abteilungen wurden in die Stellungen am Westufer des Styr zurückgenommen.

Der Schweizerische Bundesrat über die Beziehungen zu den kriegsführenden Mächten.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Soeben veröffentlicht der Schweizerische Bundesrat seinen vierten Bericht an die Bundesversammlung über die von ihm getroffenen Maßnahmen in der Zeit vom 15. Mai 1916 bis 1. September 1916. Das größte Interesse bieten die Mitteilungen über die bekanntesten Verhandlungen der schweizerischen Delegation mit Vertretern der Ententestaaten über den Kompensationshandel der Schweiz mit den Mittelmächten und sodann über die die gleiche Materie betreffende deutsche Note vom 8. Juni 1916 an den schweizerischen Bundesrat.

Der Schweizerische Bundesrat greift auf die vor Jahresfrist mit der Entente geführten Verhandlungen über die Gründung des schweizerischen Einfuhrtrustes zurück, bei denen er den Standpunkt vertrat, daß der schweizerischen Volkswirtschaft die Möglichkeit verschafft werde, sich das, was ihr zu befriedigender Tätigkeit notwendig ist, auf dem Kompensationswege zu beschaffen, und zu diesem Behufe ihr nicht nur, was ohne weiteres klar ist, die Verfügung über die Inlandsprodukte, sondern auch im Rahmen des Möglichen über gewisse eingeführte Waren einzuräumen. Es kam darüber zu einem Kompromiß, nach dem die damals für deutsche und österreichisch-ungarische Regierung in der Schweiz lagernden Waren, 8845 Wagen, dem Bundesrat zu Kompensationszwecken zur Verfügung gestellt wurden und zwar grundsätzlich bestimmt wurde, daß die durch Vermittelung des Einfuhrtrustes eingeführten Waren nicht Gegenstand des Austausches mit anderen Ländern werden können, daß aber immerhin besondere Verhandlungen von Fall zu Fall, ausdrücklich vorbehalten wurden, was im Artikel 11 der Ausführungsbestimmungen des Einfuhrtrustes festgesetzt ist.

In einer Note des schweizerischen Bundesrates vom 22. September 1915 an die Entente wird unter Berufung auf jenes Kompromiß festgestellt, daß die beiden Vertragsteile dahin einig geworden sind, daß die im gegenseitigen Einverständnis zu Kompensationszwecken verwendeten Waren in den Kontingenten der für die Schweiz bestimmten und einzuführenden Waren nicht übergriffen sind. Daraufhin hat die Entente mit Kollektivnote vom 4. Oktober 1915 die Zusicherung weiten Entgegenkommens bei Anwendung der aufgestellten Grundsätze erneuert.

In seiner Note vom 3. April 1916 ersuchte der schweizerische Bundesrat die Entente, ihm entweder diejenigen Kategorien von Waren zu bezeichnen, die durch den Einfuhrtrust eingeführt, kompensationsweise Verwendung finden können, oder aber ihre Einwilligung zu erteilen, daß die für den deutschen und österreichisch-ungarischen Zentraleinkauf in der Schweiz lagernden Waren zu Kompensationszwecken herangezogen werden könnten und eventuell zu bestimmen, in welchem Maße dies geschehen könnte. Außerdem wurde die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen auf den empfindlichen Mangel an Baumwoll-, Leinen- und Wollwaren (Konfektion und Wäsche), namentlich an für den Mittelstand und die Arbeiterklasse bestimmten Kleidern und Wäscheartikeln (Nemden, Strümpfe, Unterkleider usw.) gelenkt. Diese Waren bezieht der schweizerische Handel vorwiegend aus Deutschland, und mehr als 4000 Ausfuhrbewilligungen waren, unter der Bedingung der Rücklieferung der Rohstoffe, seitens der deutschen Behörden erteilt worden. Der Bundesrat ersuchte die verbündeten Regierungen, ihr Einverständnis mit der Rückgabe des entsprechenden Rohstoffes zu erklären und so die Auslieferung der zum größten Teil bezahlten konfektionierten Artikel zu ermöglichen, wobei natürlich die genaue Kontrolle des Austausches zwischen Rohware und Konfektionsware durch den Einfuhrtrust zu befragen wäre.

Die Entente antwortete darauf in einer Note vom 19. Juni mit der Erklärung, daß sie sich zwar verpflichtet habe, die Bestimmungen über voraussetzende Kompensationsabkommen im Geiste des Entgegenkommens zu interpretieren, daß sie sich aber im Grundsatz weder mündlich noch moralisch verpflichtet haben, den Import von Waren irgendwelcher Art in die Schweiz zum Zwecke des Austausches mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu gestatten.

Das war nicht loyal von den Entente-Regierungen, sondern eine vage Inkonsequenz und ein gegenüber der Schweiz recht unfreundliches Ausweichen. Dabei erklärten sie sich allerdings gleichzeitig zu Verhandlungen bereit, zu

denen die schweizerische Delegation zweimal nach Paris reiste, um beide Male mit leeren Händen zurückzukommen.

Die deutsche Note vom 8. Juni erklärt: „Die kaiserliche Regierung sehe sich vor die Notwendigkeit gestellt, den Umfang ihrer Ausfuhr nach den neutralen Ländern davon abhängig zu machen, daß diese Länder ihrerseits dem Deutschen Reich die Aufrechterhaltung der bisherigen Ausfuhr durch angemessene Zufuhren von Erzeugnissen ermöglichen, die zum Lebensunterhalt der an der Erzeugung der Ausfuhrwaren beteiligten Bevölkerung erforderlich sind und die bei der Erzeugung der Ausfuhrwaren und bei der Beförderung der Aus- und Durchfuhrwaren verbraucht werden. Bei der Verteilung der zur Ausfuhr verfügbaren Erzeugnisse auf die einzelnen neutralen Staaten werde darauf abgesehen werden müssen, in welchem Umfang dieselben die Zufuhr von sogenannten Nahrungsmitteln nach Deutschland ermöglichen. Aus diesem Grunde wird erklärt, die deutsche Regierung sei gezwungen, die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse nach der Schweiz im bisherigen Umfang davon abhängig zu machen, daß insbesondere der in der Schweiz lagernde deutsche Besitz an Lebens-, Genuss- und Futtermitteln, Maschinenteilen, Rohbaumwolle, Baumwollgarnen und Baumwollgeweben zur Ausfuhr gelange. Dabei wird darauf hingewiesen, daß Deutschland im Kompensationsverkehr ganz erhebliche Vorleistungen gemacht habe, die die Note auf etwa 16,5 Millionen Frank beziffert; diese Schuld könnte in der Weise abgewickelt werden, daß der deutsche Besitz in der Schweiz zunächst bis zur Tilgung derselben in drei Monatsraten zur Ausfuhr gelange. Nach Tilgung dieser Schuld würde der Kompensationsverkehr auf Grund bisheriger Verrechnungsverhältnisse fortgesetzt. Mit Hinsicht auf die von anderen neutralen Staaten an sie herantretenden außerordentlich hohen Anforderungen müsse die deutsche Regierung in aller kürzester Frist volle Klarheit darüber sich verschaffen, in welchem Verhältnis und in welchen Mengen sie unter Berücksichtigung der erzielbaren Gegenleistungen ihre zur Ausfuhr verfügbaren Bodenschätze und industriellen Erzeugnisse in Zukunft den einzelnen neutralen Staaten zuführen könne; sie würde deshalb nach Ablauf von zwei Wochen für die Schweiz bestimmte Waren behufs anderweitiger Verwendung zurückhalten müssen, glaube indessen annehmen zu dürfen, daß bis dahin die Ausfuhr aus der Schweiz in der angedeuteten Weise gehandhabt werde.“

Der schweizerische Bundesrat antwortete darauf mit einer Darstellung der Gründung des Einfuhrtrustes und der dadurch für die Schweiz geschaffenen Lage. Ferner verwies er auf die mit der Entente angebahnten Verhandlungen und gab sodann der Ueberraschung Ausdruck über das Begehren um die „Bewilligung der Ausfuhr des in der Schweiz lagernden deutschen Besitzes an Lebens-, Genuss- und Futtermitteln, Maschinenteilen, Rohbaumwolle, Baumwollgarnen und Baumwollgeweben, da der Bundesrat, wenn er diesem Begehren entsprechen würde, seinen gegenüber den Ententestaaten eingegangenen Verpflichtungen in gröblicher Weise zuwiderhandeln würde. Die Ueberraschung sei ihm so lebhafter, als die deutsche Regierung erkläre, daß sie im Falle der Nichtbewilligung der verlangten Ausfuhr nach Ablauf von zwei Wochen für die Schweiz bestimmte Waren behufs anderweitiger Verwendung zurückhalten werde, was bedeuten würde, daß deutschseits erteilte Zusicherungen ohne irgendwelches Verschulden der schweizerischen Behörden hinfällig würden. Der Bundesrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die deutsche Reichsregierung um so weniger eine solche Konsequenz ziehen werde, als sie selbst das bisher bewiesene Entgegenkommen der Schweiz anerkenne; er verweist auf die in Paris begonnenen Verhandlungen der schweizerischen Delegierten, und erklärt es als ausgeschlossen, innerhalb der in der deutschen Note festgesetzten zweiwöchigen Frist an eine materielle Erledigung der von der deutschen Reichsregierung aufgestellten Postulate heranzutreten, weshalb allem voraus die Frist in angemessener Weise verlängert werden sollte.“

Die deutsche Gesandtschaft in Bern antwortete darauf im Namen der deutschen Regierung, „daß ja allerdings für den Fall des Zustandekommens des Einfuhrtrustes verabredet worden sei, daß keinerlei Verpflichtungen für die Schweiz beständen, die sich mit den Bestimmungen des Trustes nicht vereinbaren lassen, daß aber eine solche Absprache nur möglich gewesen sei, nachdem die Ententemächte in Artikel 11 der Ausführungsbestimmungen der S. S. S. die zukünftige Möglichkeit von Kompensationen mit Trustware zugesagt hatten. Da diese Zusage nur in ganz ungenügender Weise erfüllt worden sei, müsse sich die kaiserliche Regierung gezwungenermaßen eine anderweitige Verwendung gewisser Erzeugnisse vorbehalten. Die deutsche Regierung sei genötigt gewesen, die schweizerische Regierung zu bitten, sich in kurzer Frist über die ausgesprochenen Wünsche zu äußern; die erwähnten Entscheidungen gestatten deshalb keinen Aufschub, weil diejenigen neutralen Länder, mit welchen Deutschland zurzeit Handelsbeziehungen unterhalte, dabei beteiligt seien. Inwiefern diese Entscheidungen die Zufuhren nach der Schweiz ungünstig beeinflussen werden, werde die deutsche Regierung zu ihrem Bedauern davon abhängig machen müssen, ob es der schweizerischen Regierung in kurzer Frist möglich sein werde, ausreichende Kompensationsmöglichkeiten zu schaffen. Schließlich gibt die Note der Ueberzeugung Ausdruck, daß es der schweizerischen Regierung gelingen werde, eine beiderseits befriedigende Lösung im Sinne der auch wirtschaftlich so ausgezeichneten Beziehungen zwischen den beiden Ländern herbeizuführen.“

Der schweizerische Bundesrat berichtet sodann nochmals über die Verhandlungen in Paris, die nur insofern für die Schweiz nicht vollständig ergebnislos verlaufen sind, als die Entente wiederholt die Bereitwilligkeit ausspricht, nach Möglichkeit für die Beschaffung dessen zu sorgen, was die Schweiz für ihr wirtschaftliches Leben nötig hat. „Es sind denn auch seitdem, während die Verhandlungen mit Deutschland, von einzelnen Ententeregierungen entsprechende Zusicherungen gegeben worden.“

Die Verhandlungen mit den deutschen Vertretern begannen am 21. August und ihre bisherigen Ergebnisse lassen nach dem Berichte des schweizerischen Bundesrats eine annehmbare Lösung erwarten. Das in Aussicht stehende Abkommen wird sofort nach erfolgter Genehmigung veröffentlicht werden.

Die Neutralen zwischen den kriegsführenden Mächtegruppen werden arg bedrängt und lernen so die Bitternisse des Krieges ebenfalls in reichem Maße am eigenen Leibe empfindlich zu kosten.

Politische Uebersicht.

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik.

Am 7. Juni d. J. veranstaltete der Aktionsausschuß der Deutschen Kolonialgesellschaft in Berlin einen „Kolonialpolitischen Abend“, der sich zu einer Kundgebung für eine „tatkräftige koloniale Betätigung“ gestaltete. Als Redner traten bei dieser Veranstaltung der Freisinnige Dr. Biemer, das Zentrumsmittglied Dr. Schwarze, der Konservative Graf Westarp, der Nationalliberale Dr. Stresemann und der Sozialdemokrat Dr. Lensch auf. Der Aktionsausschuß der Deutschen Kolonialgesellschaft hat nun die Reden im Druck erscheinen lassen und die imperialistische Wochenschrift „Das größere Deutschland“ widmet ihnen noch nachträglich begeisterte Worte der Zustimmung. Da die Rede, die der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Lensch hielt, nach den Worten des erwähnten Organs einer „ganz besonderen Aufmerksamkeit in weitesten Kreisen aller Kolonialfreunde und bei zahlreichen Politikern begegnete“, bringt es in seiner neuesten Nummer die hauptsächlichsten Teile dieser Rede zum Abdruck und bemerkt hierzu:

„Diese Ausführungen zeigen, daß die fortgeschrittenen (sozialdemokratischen) Führer, besonders Lensch und Hue, nicht nur für die Kolonialpolitik, sondern auch für Seegeltung eintreten, also sowohl die Ansichten teilen, die Emil Zimmermann, wie auch die, die Graf Reventlow an dieser Stelle ausgeführt hat.“

Diese Beurteilung der Stellung Lenschs und derjenigen Sozialdemokraten, die er in seiner Rede als Gesinnungs- freunde anführte, seitens der führenden imperialistischen Wochenschrift müssen wir gelten lassen, da zwischen den Vertretern der „Umlernerei“ und den Imperialisten und Flotten- treibern vom Schlage Reventlows und Zimmermanns in den Fragen der Kolonial- und Flottenpolitik in der Tat kein wesentlicher Unterschied zu finden ist. Dagegen müssen wir ganz entschieden Einspruch erheben gegen die Methode, Lensch als „den Vertreter“ der Sozialdemokratie bei der erwähnten Veranstaltung der Kolonialgesellschaft auszugeben. Das „Größere Deutschland“ spricht noch jetzt davon, daß sich bei dieser Gelegenheit „die Vertreter aller Parteien einmütig zum kolonialen Gedanken bekant hatten“, und daß „die fünf großen Reichstagsfraktionen je einen Vertreter entsandt hatten“, obwohl es dem Blatte bekannt sein mußte, daß der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in seiner Erklärung vom 9. Juni im „Vorwärts“ festgesetzt hat, daß Dr. Lensch „nicht im Auftrag der Fraktion oder einer anderen Parteikörperchaft, sondern nur für seine Person an der Veranstaltung teilgenommen und gesprochen hat“.

Wir vermögen durchaus die Beweggründe zu würdigen, die die Vertreter des imperialistischen Gedankens veranlassen, namentlich die Kolonialbegeisterung des Dr. Lensch herauszutreiben und seinen Anschauungen Anerkennung zu zollen. Soll doch dadurch der Eindruck erweckt werden, als habe die deutsche Sozialdemokratie ihre bisherige Gegnerchaft zur Kolonial- und Flottenpolitik aufgegeben und sich in eine Front mit den Reventlow, Westarp und Stresemann gestellt. Eine solche Darstellung steht aber mit den Tatsachen in krassem Widerspruch. Abgesehen von einigen wenigen „Umlernern“, die namentlich in den „Sozialistischen Monatsheften“ und in der „Glocke“ für die imperialistische und militaristische Politik Vorpanndienste leisten, denkt die übergroße Mehrheit der Partei nicht im geringsten daran, von ihrer bisherigen Gegnerchaft zu dieser Politik abzuweichen. Die bürgerlichen Organe, die neuerdings andere Darstellungen verbreiteten, würden gut tun, von unferer Feststellung Notiz zu nehmen — zur Steuer der Wahrheit und zur Vermeidung arger Enttäuschungen, die die unvermeidliche Folge einer irreführenden Berichterstattung sein würde.

Der Reichskanzler über die politische Lage.

Der Reichskanzler will, wie das „Berliner Tageblatt“ erfahren haben will, seine große Rede über die politische Lage bereits in der ersten Sitzung des Reichstags am 28. September halten. Auf der Tagesordnung steht bis jetzt allerdings nur ein nebensächlicher Punkt, aber der Präsident hat sich ausdrücklich vorbehalten, auch noch andere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen, so daß es sehr wohl möglich ist, daß die Mitteilung des „Berliner Tageblatts“ den Tatsachen entspricht. Im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers dürfte Staatssekretär Dr. Helfferich seine Darlegungen über die wirtschaftliche Lage machen.

Die Verlängerung der Wahlperiode des Reichstags.

Der Bundesrat hat dem Gesetzentwurf zugestimmt, durch welchen die Verlängerung der Wahlperiode des Reichstags um ein Jahr, also bis zum 12. Januar 1918, erfolgt. In der Begründung wird betont, daß es unmöglich sei, während der Dauer des Krieges Wahlen in ordnungsmäßiger Weise vorzunehmen. Bisher war nur einmal ein solcher Schritt notwendig, und zwar im Jahre 1870. Der Reichstag des Norddeutschen Bundes hatte im August 1870 sein Ende erreicht. Durch den Ausbruch des Krieges war man genötigt, diese Wahlen hinauszuschieben, und zwar lautete der damals angenommene Gesetzentwurf: „Die Legislaturperiode des am 31. August 1867 gewählten Reichstags wird für die Dauer des Krieges, jedoch nicht über den 31. Dezember 1870 hinaus, verlängert.“ Die Neuwahlen zum Reichstage des Norddeutschen Bundes haben dann aber nicht stattgefunden, weil mittlerweile das Deutsche Reich gegründet wurde, und zum erstenmal wurde am 3. März 1871 zum Deutschen Reichstag gewählt.

Verschiebung der Wahlen in den Reichsländern.

Die Wahlen zum Elb- und Ostpreussischen Landtag, die demnächst hätten vorgenommen werden müssen, sollen nach einem Vorschlag der Regierung um ein Jahr hinausgeschoben werden.

Die bremische Bürgerschaft

Bewilligte einstimmig in ihrer Sitzung am 20. September 5 Millionen Mark für Kriegsmahnahmen (Unterstützung von Kriegerfamilien, Speisung von Arbeitslosen, Beschaffung billiger Lebensmittel für die minderbemittelte Bevölkerung). Damit sind bisher in Bremen 21 Millionen Mark für diesen Zweck bewilligt worden. In der Sitzung wurde ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion angenommen, der einen Bericht darüber einfordert, ob die Unterstützungssätze für Kriegerfamilien vom 1. Oktober an nicht erhöht werden können, und zwar um höchstens 2 M. für die Frau und 1 M. für jedes Kind. Weiter wurde einer Senatsvorlage zugestimmt, wonach die Bürgerschaftswahlen bis November 1917 vertagt werden. Die halbjährliche Mandatsperiode war Ende 1914 eigentlich abgelaufen, sie ist seither immer um ein Jahr hinausgeschoben worden.

Aufhebung der Freizügigkeit.

Der Zug von Kriegerfrauen vom platten Lande nach den Städten wird aus sehr begreiflichen Gründen nicht gern gesehen; es wird deshalb alles getan, um die Kriegerfrauen zu veranlassen, auf dem Lande zu bleiben. So wenig man nun einer allgemeinen Abwanderung in die Städte das Wort reden kann, so sehr können Fälle eintreten, wo diese Abwanderung für die Kriegerfamilien geradezu zu einer dringenden Notwendigkeit wird. Eine Kriegerfrau mit drei Kindern war im Oktober vorigen Jahres aus Bommern nach Spandau verzogen, weil dort ihre Mutter und vier verheiratete Schwestern wohnen, deren Männer ebenfalls im Felde stehen. Die Frau bezog eine monatliche Reichsunterstützung von 87,50 Mark und verdiente sich mit Hausarbeiten noch 23,50 Mark im Monat dazu. Mit diesem geringen Einkommen konnte die Familie natürlich den Lebensunterhalt nicht bestreiten; die Frau wandte sich deshalb an den Kreis Pöritz um Gewährung einer Aufgaberückzahlung. Der Kreisvorsitz lehnte, wie dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt wird, dieses Verlangen ab und gab als Grund an, daß die Frau „nicht aus berechtigten und dringenden Gründen den Aufenthalt gewechselt habe“. Die Folge ist natürlich, daß die Familie sich in bitterster Not befindet.

Daß auf diese Weise die Freizügigkeit völlig unterbunden wird, kann jedenfalls nicht bestritten werden. Das aber haben die gesetzgebenden Körperschaften zweifellos nie gewollt, denn die Unterbindung der Freizügigkeit liegt eigentlich nur im Interesse agrarischer Kreise.

Das tägliche Brot.

Die Eierverteilung für das Reich.

Die Reichsverteilungsstelle für Eier gibt folgendes Bekannt: Am 12. und 14. September 1918 haben grundlegende Besprechungen zwischen der Reichsverteilungsstelle und den Landesverteilungsstellen stattgefunden. Auf Grund derselben wird es möglich sein, in nächster Zeit einen Verteilungsplan für das gesamte Reichsgebiet aufzustellen. Inzwischen beginnen die Kommunalverbände und die in der Bildung begriffenen Unterverteilungsstellen mit dem Einammeln der Eier. Der Erfolg dieser Sammlungen wird wesentlich von der Geschicklichkeit und den organisatorischen Maßnahmen der Kommunalverbände, sowie insbesondere dem Eifer und der Hingabe der von diesen mit der Sammeltätigkeit betrauten Organe abhängen.

Zulassung des Dohnenfanges.

Berlin, 22. September. (B. L. Z.) Seit 1908 war der Krammetsvogelfang mittels Dohnen verboten. Um auch den Krammetsvogel, dessen Fang in einzelnen Gegenden eine nicht unerhebliche Bedeutung hat, der Ernährung zuzuführen, hat der Bundesrat eine Verordnung angenommen, durch die die Landeszentralbehörden ermächtigt werden, den Krammetsvogelfang mittels Dohnen in diesem Jahre wieder zuzulassen.

Aus der Partei.

Genosse Que ersucht uns unter Bezugnahme auf eine Notiz in der Mittwochnummer des „Vorwärts“ um die Mitteilung, daß er an der dort erwähnten Funktionserfüllung des Kreisess Kochum zwecks Vornahme der Wahl zur Reichskonferenz nicht teilgenommen habe. Auch sei der Vorschlag, ihn zu delegieren, weder mit seinem Vorwissen noch mit seiner Zustimmung gemacht worden.

Ein belgisches sozialistisches Tageblatt in Holland.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: In der nächsten Zeit wird im Haag ein Tagblatt „Le Socialiste Belge“ unter der Leitung von Genossen Camille Sijmans

erscheinen. Die Blätter in Holland in zahlreichen Exemplaren, aber nicht über den Zwerghaus emporgedruckene Fluchtungspressen, die zum Teil im Geiste der antizionistischen Demagogie und mit der Verbösheit und kleinlichen Geizigkeit der belgischen Emigrantens-Literatur redigiert war, wird im neuen Organ einen ernstlichen Mitstreiter erhalten, der sich namentlich auch der von den zahlreichen sozialistischen Flüchtlingen längst als notwendig empfundenen Abwehr der antizionistischen Demagogie widmen wird, die jetzt unter dem Deckmantel des unerbittlichen Sozialismus betrieben wird.

Totenliste der Partei.

Aus Braunschweig meldet ein Privattelegramm, daß Genosse Friedrich August Götter, der ehemalige Verleger und Drucker des „Braunschweiger Volksfreund“ am 20. September entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag um 11 Uhr statt.

Aus Industrie und Handel.

Bestandserhebung für Schmiermittel.

Am 12. Berlin, 21. September. (B. L. Z.) Im Anschluß an die Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme von Schmiermitteln (Vst. I. 1854/8. 16. RM.) vom 7. September 1918, die im Deutschen Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 211, sowie in den Staatsanzeigern von Bayern, Sachsen und Württemberg vom 7. September 1918 veröffentlicht ist, erscheint heute eine neue Bekanntmachung betreffend „Bestandserhebung für Schmiermittel“ (R. Vst. I. 100/9. 16. RM.) vom 22. September 1918.

Von dieser Bekanntmachung betreffend Bestandserhebung werden die gleichen Gegenstände betroffen wie von der Beschlagnahme, das sind:

1. Alle Mineralöle und Mineralölerzeugnisse, die als Schmieröl oder als Spindelöl für sich allein oder in Mischungen verwendet werden können, und zwar werden sie sowohl für sich allein als auch in Mischungen betroffen.

Inbesondere sind somit auch betroffen: alle im vorhergehenden Absatz bezeichneten Öle, die zum Schmierieren von Maschinenteilen, zu Hartungs- oder Kühlzwecken, oder bei der Herstellung von Textilien, bei der Herstellung oder Erhaltung von Leder, zur Herstellung von Starrschmierern (konsistenten Fetten), von wasserlöslichen Seifen (Vohrol usw.), von Vaseline, von Putzmitteln (auch Schubercreme) gebraucht werden können.

2. Alle Mineralölrückstände (Goudron, Pech), die zu Schmierzwecken verwendet werden können, oder aus denen Schmieröle oder Schmiermittel gewonnen werden können.

3. Alle der Steinföhle, der Braunkohle und dem bituminösen Schiefer entstammenden Öle, die zu Schmierzwecken verwendet werden können.

4. Alle Starrschmierer (konsistenten Fette).

5. Laternenöle (Mineralmischöle).

Widerrichtig sind alle Personen usw., die die genannten Gegenstände im Gewahrsam haben. Die erste Meldung ist für die bei Beginn des 22. September 1918 (Eidtag) vorhandenen Vorräte bis zum 12. Oktober 1918 zu erstatten, und zwar auf besonderen Verbleiben, die unverzüglich von der Kriegsschmieröl G. m. b. H. (Abteilung für Beschlagnahme), Berlin W. 8, Rönningerstr. 20/30 anzufragen sind; an diese Adresse sind auch die Meldungen einzufügen. Ausgenommen von der Meldepflicht sind nur Mengen von insgesamt weniger als 500 Kilogramm.

Die Bekanntmachung enthält noch eine Reihe von Einzelheiten, die für die Meldepflichtigen von Wichtigkeit sind; sie tritt mit dem 22. September 1918 in Kraft. Die Veröffentlichung erfolgt in der üblichen Weise durch Anschlag und Abdruck in Zeitungen. Außerdem ist der Wortlaut der Bekanntmachung bei den Polizeibehörden einzusehen.

Noch höhere Zuckergewinne!

Der Zuckersachverständige des Kriegsausschusses für Konsuminteressen schreibt — nach Erscheinen der Zuckerverkehrs-Bestimmungen für das Jahr 1916/17 besonders interessant — über die Zuckerraffinerie Frankenthal: Sie erzielte im Betriebsjahre 1913/14 folgendes Ergebnis: Nach Abführung der „vertragsmäßigen“ Jahresgewinnanteile und Abschreibungen von 400 000 M. wurden auf das Aktienkapital von 8 500 000 M. 1 750 000 M. (20% Proz.) Dividende verteilt, 100 000 M. wurden für Kriegsfürsorge aufgewendet und 200 000 M. auf neue Rechnung vorgetragen. — Demgegenüber zeigt das Kriegsjahr 1914/15 folgendes Ergebnis: Auf das Anlagekonto von 2 750 000 M. wurden 1 300 000 M. abgeschrieben, für Kriegsfürsorge wurden 400 000 M. aufgewendet und weitere 700 000 M. zurückgestellt, wobei einer etwaigen Ueberarbeitung dieser Gesamtsomme von 1 100 000 M. weiter vorläufige Rechnung getragen wurde. Nachdem sodann noch die „vertragsgemäßen und vertraglichen Gewinnanteile“ (die Höhe wird im Jahresbericht nicht angegeben) abgeführt wurden, verbleibt ein Reingewinn von 4 000 000 M., so daß sich das Aktienkapital im Kriegsjahre 1914/15 mit mehr als 80 Proz. vergrößert hat. — Hiernach hat es nun noch gefehlt, daß, wie soeben amtlich veröffentlicht wird, die Regierung die Spanne zwischen Rohzucker und Kristallzucker bzw. gem. Melis, dem billigsten Volksnahrungsmittel der Zuckerfabrikation, für die Kampagne 1916 von 3,60 M. auf 4 M. für den Zentner erhöht hat.

Dänisches Ausfuhrverbot.

Die dänische Regierung hat ein Ausfuhrverbot für folgende Fische in geräucherter, gedörrter und gesalzener Form erlassen: Kalmmutter, Heilbutt, Aikochen (Schollenart), Flundern und Dorsch, darunter Kabeljau. Das Verbot tritt am 23. September in Kraft. Das Ministerium des Innern ernannte eine Kommission zur Regelung der Fischversorgung des Landes. Die Fischausfuhr wird zukünftig durch die vom Landwirtschaftsministerium dazu ermächtigten Firmen geschehen.

Die dänische Fischerei während des Krieges.

Die dänische Fischerei hat laut „Nalborg Stiftstidende“ vom 11. September während des Krieges einen großen Aufschwung genommen. Der Wert des jährlichen Fanges hat sich mehr als verdoppelt, was nicht allein auf die hohen Verkaufspreise, sondern auch auf die größeren Fangergebnisse zurückzuführen ist. Die Fischereibeulung ist um 10 bis 15 Proz. gewachsen, viele neue Boote wurden für die Seefischerei in Betrieb genommen. Auch fünf oder sechs neue Fischerei-Aktiengesellschaften wurden gegründet, um den Reichtum des Meeres noch mehr auszunutzen.

Die Fischausfuhr nach Deutschland und England hat eine nie gekannte Höhe erreicht. Im Jahre 1913 erhielt Deutschland 33 000 Tonnen, während des Krieges mehr als das Doppelte zu viermal höheren Preisen. Auch England kann sich nicht beklagen, obwohl es das tut. England erhielt von Dänemark:

| | 1913 | 1914 | 1915 |
|----------|---------|-----------|-----------|
| Kal | 275 000 | 678 000 | 1 007 000 |
| Netzunge | 3 580 | 1 782 000 | 2 628 000 |

Das englische Fischereiblatt „The Fish Trade Gazette“ vom 6. August spricht sehr ausführlich über die in England eingefuhrten großen Mengen Makreln, wobei es auch erwähnt, daß die gefangenen Makreln zum Räuchern nach Altona gehen. Hieraus erhellt man, wie aufmerksam das dänische Erwerbsleben im Auslande verfolgt wird.

Todes-Anzeigen

Deutscher Holzarbeiterverband.

Zahlstelle Berlin.
Den Väterliebern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter Friedrich Bartsch

Schwedter Str. 254, im Alter von 61 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. September, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Elisabeth-Kirchhofes, Brinzen-Allee, aus statt. 55/15 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verwaltung Groß-Berlin.
Am Mittwoch, den 20. September, verstarb unser langjähriger Mitglied

August Bonack. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 23. September, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Elisabeth-Kirchhofes, Brinzen-Allee, aus statt. 55/15 Die Ortsverwaltung.

Zum Sterbetage

unseres lieben ältesten Sohnes und Bruders, des Jägers

Erich Stübenrath 3. Jäger-Bataillon gefallen am 21. September 1915 im 23. Lebensjahre. 12708

Schwer gings Du von uns vor einem Jahr, als ahnst Du, was Dir beschiden! Wir wissen, was Du uns warst. Erinnerung nur ist uns geblieben. Wir schmähen unsere größte Dabe, Dein Bild, dabei, ganz still beweint. Die Elternliebe schwebt über Deinem Grabe, bis bereinst wir sind vereint. Wir haben einen herzensguten Sohn und Bruder beisehen. Jetzt schlummert er sanft und ewig unversehrt.

In schmerzlicher Erinnerung Die tieftrauernden Eltern und Bruder Willi, 3. J. im Felde, und Kurt.

Trenns Gedenken zum Sterbetage unseres unversehlichen lieben Sohnes und guten Bruders, des Gefreiten 12798

Richard Meiß

geb. 5. 1. 1894 — gest. 23. 9. 1915.
Ein Jahr hoch hin in Gram und Schmerzen,
Als Dich der Krieg aus unsrer Mitte nahm.
Noch heute bluten unsre Herzen,
Daß Du so früh müdest von uns gehn.
Du hast hat Dich der Tod ereilt,
Das Schicksal traf uns sänger,
Wenn auch die Zeit die Wunden heilt,
Vergessen, ach, nein, nimmermehr!
In wehmütiger Erinnerung Die trauernden Eltern und Geschwister.

Als Opfer dieses Weltkrieges starb am 16. September 1916 unser innigstgeliebter Sohn, der Oberjäger

Fritz Strietzel

Ref.-Jäger-Bataillon 24, 2. Komp. im Alter von 34 Jahren. 15091
Dies gelien an im tiefsten Schmerz Hermann Strietzel und Frau.

Billige Preise!

Feine Filzschmütel.
Bester Sealpfläsch, mit echtem Pelzkragen und Pelzklappen, auf reiner Fütter 200.— 150.—
In Sealpfläsch, lang, sechs Aufmachungen 300.— 75.— 50.—
Mohair - Wollpfläsch, Mohair-Austragen, beste Verarbeitung, vorjährig, ohne Bezugschein, da nicht bezugscheinpflichtig 85.— 60.— 50.—
Fasche Gummil- und imprägnierte Seidenmütel mit passender Kappe
In Qualität, reizende Farbenstellungen, Glockenformen 60.— 55.— 42.— 33.—
Einfache Gummil- und imprägnierte Seidenmütel mit passender Kappe 25.— 20.— 22.— 18.—
Gediegene Kürschnerarbeit aus bestem Persischer 1000.— 500.— 300.—
In Seal-Bisam 800.— 675.— 450.—
Phantasie-Pelz mit echten Pelzbesätzen 400.— 250.— 185.—
Vorjährige Pelzjacken 50.—
Skunkr., Weißfuchs- und andere Garolieren, Kragen und Mäffen.
Sonntags geöffnet 8-10 Uhr.

Möbel-Beiser

Lothringer Straße 67 liefert auf
bequemste Teilzahlung und gegen bar
Wohnungs-Einrichtungen
noch zu billigen Preisen.
Riesenauswahl komplett aufgestellter
Wohn-, Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer
in jeder gewünschten Holz- und Stilart.
Einzelne Möbel und farbige Küchen.
Sonntags von 8-10 geöffnet.

Carbidischlampen Heines Werke

4,50. Carbid billigst. Weberstr. 42. 3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts
H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken zu Originalpreisen. Amt Hpl. 3014.

Billige Preise!
Gute reinwollene Stoffe
Modell-Kostüme
In Samtkostüme mit echten Pelzbesätzen, Horset, beste Körperwaren, wanderbare Formen, Modelle, Kammgarn, Tuch, reine, wollene Qualitätsstoffe (keine Reklamawaren)
150.— 110.— 92.— 69.—
Pelz-Kostüme, aus Fantasiestoffen Kammgarn etc. 85.— 62.— 59.— 25.—
Gediegene vorjährige Kostüme ohne Bezugschein, da nicht bezugscheinpflichtig
26.— 23.— 22.— 18.—
In Lodermütel, wasserdicht 33.— 25.— 15.—
In Loderkostüme 55.— 30.— 25.—
Prachtvolle Röcke
In Seide Tafel Rolliane Wolle 36.— 28.— 27.— 15.—
Phantasie-Röcke, vorjährig, ohne Bezugschein, da nicht bezugscheinpflichtig
12.— 10.— 8.— 6½
beste Felle
Passendes für stärkste Figuren in allen Abteilungen.
II. Geschätz
Große Frankfurter Str 115, nahe Androssstraße

Joseffi-Cigaretten
Juno 2 ½ S
Vera 3 ½ S
Eljen 6 S
einschl. Kriegszuschlag.
Qualität unverändert erstklassig!

Neue fertige Herrenkleidung für den Herbst

| | | | | | | | |
|----------------------------|--------|--------|-------|--------|--------|--------|--------|
| Sakkoanzüge | 38.— | 48.— | 58.— | 68.— | 75.— | 85.— | 95.— |
| Röcke u. Westen (Cutaways) | 36.— | 45.— | 54.— | 58.— | 65.— | 75.— | 85.— |
| Gestreifte Hosen | 6,50 | 8,50 | 10,50 | 12,50 | 14,50 | 16,50 | 18,50* |
| 21.— | 24.— | 27.— | 30.— | 33.— | 36.— | 39.— | 42.— |
| Ulster u. Paletots | 33.— | 38.— | 45.— | 54.— | 60.— | 68.— | 78.— |
| Loden-Mütel | 26,50 | 31,50 | 39,50 | 46,50 | 54,50 | 62,50 | 70,50 |
| Regen-Mütel | 18,50* | 26,50* | 38.—* | 48.—* | 55.—* | 62.—* | 70.—* |
| Westen | 5,50 | 6,50 | 8,50 | 10,50* | 12,50* | 14,50* | 16,50* |

Die mit * bezeichneten Waren sind bezugscheinfrei!
Anfertigung nach Maß in erstklassiger Ausführung und zu mäßigen Preisen.

R. Landsberger G. m. b. H.
Friedrichstr. 108 Ecke Johannisstraße, gegenüber Karlstraße.
274/7
Sonntag 8-10 Uhr geöffnet.

Kinderschutz.

Dringend notwendig ist ein Kinderschutz. Leider ist er an vielen Orten während des Krieges aufgehoben...

Soll es denn wie in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts wieder werden, wo die Kinderplage im rheinischen Industriegebiet stark war...

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines wirksamen Mutter- und Kinderschutzes hat auf einer Tagung des niederösterreichischen Landeslehrervereins Boden gefaßt.

Am Interesse der Erhaltung und Stärkung der Bekehrbarkeit des Volkes hat die Lehrerschaft mit allem Nachdruck dafür eingetreten...

Dagegen lehnt die Lehrerschaft eine eigene militärische Ausbildung der schulpflichtigen Jugend ab...

Der Kinderschutz ist in Preußen begonnen, als die militärischen Stellen den erschreckenden Märgang der Gesundheit bei der Gefestigung erkannten.

Aus Groß-Berlin.

Und die Sonne geht unter — so rot, so rot...

Es dämmerte schon merklich, als ich den Zug in Johannisthal bestieg.

Ueber uns knatterte und summt es ununterbrochen, und schwarze gespenstische Vögel kreisten im Zwielicht des Abends.

So lange der Zug hielt, sahen wir dem fesselnden Spiel zu.

„Ach zu des Geistes Flügeln wird so leicht kein Körperlicher Flügel sich gefaßt.“

„Des Vogels Fittich werd' ich nie beneiden.“

Ueber uns wölbt sich ein klarer Abendhimmel, den Horizont aber säumt ein breites, dunkelblaues Wolkenband ein.

„Das ist die Sonne, die geht unter,“ meint die Frau und fährt dem Kinde über den vollen Haarhauf.

„Wo geht sie hin, Mama?“

„Sie geht unter, Kind!“

„Da, wo Papa ist?“ fragt der kleine, wiskbogierige Mund konsequent weiter.

„Kann Papa jetzt auch fliegen — so hoch?“ plappert das Kind weiter und reißt die Armechen in die Luft.

Die Mutter nickt. Dann bleibt alles still. Es geht etwas wie ein leises Mitgefühl durch unsern Anteil...

Weiterer Geburtenrückgang in Berlin.

Der außerordentliche Geburtenrückgang, der mit Mai 1915 einsetzte, bewirkte für Berlin in dem zwölfmonatigen Zeitraum von Mai 1915 bis April 1916 gegenüber denselben zwölf Monaten von 1914/15 einen Ausfall von 10 600 Geburten...

Die Eintragung zum Fleischbezug nicht vergessen!

Wer von einem fleischer Fleisch beziehen will und bisher seine Anmeldung zu dem neuen Kundenverzeichnis noch nicht bewirkt hat...

Sichtvermerk in Pässen.

Bei den Grenzübergangsstellen, die den Verkehr zwischen Deutschland und dem verbandeten sowie neutralen Ausland vermitteln...

Die Ueberberechtigung der deutschen Reichsgrenze nach oder aus dem verbandeten und neutralen Ausland ist nur mit einem im Paß eingetragenen deutschen Sichtvermerk gestattet.

Der Sichtvermerk kann unter besonderen Voraussetzungen auch als Rückreise- oder Dauersichtvermerk ausgestellt werden.

Zur Gummibeflagnahme.

In der letzten Zeit wurde mehrfach angeregt, auf Schwagereisen, Willardbände, Gummiteppiche und -Läufer usw. wie die Auto- und Fahrradbereifungen zu beschlagnahmen.

Die abgelieferten Auto- und Fahrradbereifungen werden nach Ausbesserung entweder der Heeresverwaltung oder Personen zugeführt...

Anders liegt die Sache aber bei Aufschwagereifen und Willardbänden, die seit längerer Zeit überhaupt nicht mehr angefertigt werden...

Das Kind auf dem Dach.

In der Solmsstraße 48 war ein zweijähriges Kind in Abwesenheit der Mutter am Freitag aus einer Mansardenwohnung zum Fenster hinausgelaufen...

Konsumgenossenschaft und Spiritusverteilung.

Die uns mitgeteilt wird, ist es nicht möglich, in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Berlin Brennspiritus zu bekommen.

Neue Bäckereibetriebe.

Aus dem Magistratsbureau wird uns geschrieben: In letzter Zeit sind an den Magistrat außerordentlich viel Anträge auf Neubewilligung von Bäckern gelangt...

Sonderfürsorge für Angehörige der Bekleidungsindustrie.

Wie für die Textilindustrie, so bereitet die Stadt Berlin nunmehr auch für die durch Beschlagnahme der Rohstoffe ganz oder teilweise erwerbslos gewordenen Angehörigen der Bekleidungsindustrie eine Kriegs-fürsorge vor.

Ein Wechsellasenschwindler, der von der Staatsanwaltschaft gesucht wird, wurde gestern durch die Aufmerksamkeit eines Verkäufers in einem Drogengeschäft in der Brangelstraße entlarvt und festgenommen.

Die „Freilegung der Königstraße“ zwischen der Neuen Friedrichstraße und der Stadtbahn, wo früher die Kolonnaden standen, hat dem Magistrat nicht weniger als 142 505 M. gekostet...

Beim Ueberstreiten des Rahdamms überfahren und getötet wurde gestern in der Weustelstraße der 7 Jahre alte Fritz Kowalik.

Kleine Nachrichten. Einsam gestorben ist der 60 Jahre alte Arbeiter Gajav Komalek, der für sich allein in der Mariannenstraße 22 hauste.

Die „Freilegung der Königstraße“ zwischen der Neuen Friedrichstraße und der Stadtbahn, wo früher die Kolonnaden standen, hat dem Magistrat nicht weniger als 142 505 M. gekostet...

Beim Ueberstreiten des Rahdamms überfahren und getötet wurde gestern in der Weustelstraße der 7 Jahre alte Fritz Kowalik.

Kleine Nachrichten. Einsam gestorben ist der 60 Jahre alte Arbeiter Gajav Komalek, der für sich allein in der Mariannenstraße 22 hauste.

Die „Freilegung der Königstraße“ zwischen der Neuen Friedrichstraße und der Stadtbahn, wo früher die Kolonnaden standen, hat dem Magistrat nicht weniger als 142 505 M. gekostet...

Beim Ueberstreiten des Rahdamms überfahren und getötet wurde gestern in der Weustelstraße der 7 Jahre alte Fritz Kowalik.

Kleine Nachrichten. Einsam gestorben ist der 60 Jahre alte Arbeiter Gajav Komalek, der für sich allein in der Mariannenstraße 22 hauste.

Die „Freilegung der Königstraße“ zwischen der Neuen Friedrichstraße und der Stadtbahn, wo früher die Kolonnaden standen, hat dem Magistrat nicht weniger als 142 505 M. gekostet...

Beim Ueberstreiten des Rahdamms überfahren und getötet wurde gestern in der Weustelstraße der 7 Jahre alte Fritz Kowalik.

Kleine Nachrichten. Einsam gestorben ist der 60 Jahre alte Arbeiter Gajav Komalek, der für sich allein in der Mariannenstraße 22 hauste.

Die „Freilegung der Königstraße“ zwischen der Neuen Friedrichstraße und der Stadtbahn, wo früher die Kolonnaden standen, hat dem Magistrat nicht weniger als 142 505 M. gekostet...

Beim Ueberstreiten des Rahdamms überfahren und getötet wurde gestern in der Weustelstraße der 7 Jahre alte Fritz Kowalik.

Kleine Nachrichten. Einsam gestorben ist der 60 Jahre alte Arbeiter Gajav Komalek, der für sich allein in der Mariannenstraße 22 hauste.

Die „Freilegung der Königstraße“ zwischen der Neuen Friedrichstraße und der Stadtbahn, wo früher die Kolonnaden standen, hat dem Magistrat nicht weniger als 142 505 M. gekostet...

Beim Ueberstreiten des Rahdamms überfahren und getötet wurde gestern in der Weustelstraße der 7 Jahre alte Fritz Kowalik.

Kleine Nachrichten. Einsam gestorben ist der 60 Jahre alte Arbeiter Gajav Komalek, der für sich allein in der Mariannenstraße 22 hauste.

Die „Freilegung der Königstraße“ zwischen der Neuen Friedrichstraße und der Stadtbahn, wo früher die Kolonnaden standen, hat dem Magistrat nicht weniger als 142 505 M. gekostet...

Beim Ueberstreiten des Rahdamms überfahren und getötet wurde gestern in der Weustelstraße der 7 Jahre alte Fritz Kowalik.

Kleine Nachrichten. Einsam gestorben ist der 60 Jahre alte Arbeiter Gajav Komalek, der für sich allein in der Mariannenstraße 22 hauste.

Die „Freilegung der Königstraße“ zwischen der Neuen Friedrichstraße und der Stadtbahn, wo früher die Kolonnaden standen, hat dem Magistrat nicht weniger als 142 505 M. gekostet...

Beim Ueberstreiten des Rahdamms überfahren und getötet wurde gestern in der Weustelstraße der 7 Jahre alte Fritz Kowalik.

Kleine Nachrichten. Einsam gestorben ist der 60 Jahre alte Arbeiter Gajav Komalek, der für sich allein in der Mariannenstraße 22 hauste.

Die „Freilegung der Königstraße“ zwischen der Neuen Friedrichstraße und der Stadtbahn, wo früher die Kolonnaden standen, hat dem Magistrat nicht weniger als 142 505 M. gekostet...

Beim Ueberstreiten des Rahdamms überfahren und getötet wurde gestern in der Weustelstraße der 7 Jahre alte Fritz Kowalik.

Kleine Nachrichten. Einsam gestorben ist der 60 Jahre alte Arbeiter Gajav Komalek, der für sich allein in der Mariannenstraße 22 hauste.

Die „Freilegung der Königstraße“ zwischen der Neuen Friedrichstraße und der Stadtbahn, wo früher die Kolonnaden standen, hat dem Magistrat nicht weniger als 142 505 M. gekostet...

Kreislager und anderen Meistern zu Gebote bringen. Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. für nummerierte Saalplätze und von 30 Pf. für nummerierte Balkonplätze sind vom 2. Oktober ab in den Buchhandlungen Bergwald, Berliner Str. 56, Blum, Kaiser-Friedrich-Str. 207, Prochnow, Hermannstr. 69, Seidler, Bergstr. 42, der Zigarrenfabrik Juhl, Kaiser-Friedrich-Str. 247-248, den Zeitungs-Expeditionen des „Vorwärts“, Redakt. 2 und Siegfriedstr. 27/28, sowie an der Abendkasse von 7 1/2 Uhr an erhältlich. Zur Vermeidung von Störungen sei darauf hingewiesen, daß die Saaltüren während des Vortrages geschlossen bleiben, so daß verspätet kommende Besucher erst in den Pausen Zutritt erlangen können.

Baumhäuserweg. Der Sparmarkenblock der Volksfürsorge Nr. 18 604 enthaltend die Marken von Nr. 1-74 im Betrage von 37 M. ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt. Der Finder wird gebeten, denselben in der Rechnungsstelle der Volksfürsorge, Berlin SO 16, Engelauer 18 III, abzugeben.

Soziales.

Zur Feuerbestattung.

Die Frage der Freigabe einer Leiche zur Feuerbestattung wurde auf der kürzlich in Berlin abgehaltenen Tagung des Verbandes der Feuerbestattungsvereine der Provinz Brandenburg eingehend erörtert. Nach dem preussischen Feuerbestattungsgesetz muß ein Beamter oder Arzt die Leiche besichtigen, um sie freizugeben, wenn nicht der Verdacht vorliegt, daß der Tod infolge eines Verbrechens eingetreten ist. Es handelt sich hierbei um Gerichts- oder Kreisärzte. Da deren Amtsbereich aber sehr groß ist, so werden mitunter größere Reisen des Kreisarztes erforderlich, wodurch sich auch die Kosten für die Besichtigung und Freigabe einer Leiche zur Feuerbestattung naturgemäß steigern, weshalb vielfach auf die Feuerbestattung verzichtet wird. Die Anhänger der Feuerbestattung verlangen nun für die Feuerbestattung die gleichen gesetzlichen Vorschriften wie für die Erdbestattung, daß nämlich jeder approbierte Arzt die Todesursache bestätigen darf. Dementsprechend wurde auf Antrag des Vereins Forst (Kauf) der Verbandsvorstand beauftragt, beim Preussischen Landesverband der Feuerbestattungsvereine zu beantragen, daß er durch eine Eingabe an das Preussische Abgeordnetenhaus auf die Abänderung des Preussischen Feuerbestattungsgesetzes insofern hinzuwirken solle, als die Freigabe einer Leiche zur Feuerbestattung in Preußen nicht allein durch den zuständigen beamteten Arzt, sondern durch jeden approbierten Arzt erfolgen kann. Dem Berlin-Brandenburgischen Verbande der Feuerbestattungsvereine, an dessen Spitze Obergeneralarzt Dr. Koch steht, gehören an die Feuerbestattungsvereine in Berlin, Kottbus, Potsdam, Frankfurt a. O., Friedr. Schlegel, Guben, Verleberg, Forst b. M., Sommerfeld mit zusammen rund 8000 Mitgliedern, von denen etwa 500 im Felde stehen. Der nächstjährige Verbandstag findet in Guben statt.

Gerichtszeitung.

Häuteverwertung.

In dem Prozeß gegen den früheren Geschäftsführer der Häuteverwertungsgesellschaft in Lichterberg Alfons Reineke wegen Untreue und Vergehens gegen die Verordnung betreffend die Beschlagnahme von Großviehhäuten, sowie gegen den Fabrikanten Konrad Schlägel in Neukölln wegen Vergehens gegen die letztgenannte Verordnung wurde gestern von dem Vorsitzenden der 3. Strafkammer des Landgerichts III das Urteil verkündet. Wie mitgeteilt, hatte der Angeklagte Reineke einen großen Vorrat Kullenhäute im Werte von 45 000 M. an Schlägel verkauft, wobei die Rechnung zurückdatiert worden war, um die Beschlagnahmeverordnung zu umgehen und den Anschein zu erwecken, als ob dieses Geschäft schon vor dem Inkrafttreten der Verordnung abgeschlossen gewesen sei. Das dafür vereinnahmte Geld soll er nicht im vollen Umfange an die Häuteverwertungsgesellschaft abgeführt, sondern mit einem Angestellten der Gesellschaft geteilt haben. Letzterer hat dies bestritten. Das Gericht sah in dem Verfahren eine Untreue gegenüber der Häuteverwertungsgesellschaft, von welchem Glauben könne gar nicht die Rede sein, da die Summe nicht in den Geschäftsbüchern erschienen sei. Er mußte sich über die Unredlichkeit seines Erwerbes klar sein; eine Unterschlagung, wegen deren gleichfalls Anklage erhoben worden war, sah das Gericht jedoch nicht als vorliegend an. Die allein zur Verfügung über die Häute berechtigten Häuteverwertungsgesellschaft sei umgangen worden; die Behauptung der Angeklagten, daß ihnen der Wortlaut der Verfügung nicht in vollem Umfange bekannt gewesen sei, hielt das Gericht für eine leere Ausrede. Für die unlautere Handlungsweise des Reineke liegen keine Entschuldigungsgründe vor, dagegen seien dem Mitangeklagten mildere Umstände zugestanden worden, da er sich durch R. habe verleiten lassen. Das Gericht verurteilte demgemäß Reineke zu sechs Monaten Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe, event. noch 200 Tage Gefängnis, und den Angell. Schlägel zu 1200 M. Geldstrafe event. 80 Tagen Gefängnis.

Heiratsvermittlung.

Die Tätigkeit als Heiratsvermittler, die der Kaufmann Hugo Polak ausgeübt hat, unterlag gestern der Prüfung des Schöffengerichts Berlin-Schöneberg. Verlockende Annoncen, die der Angeklagte in den Zeitungen veröffentlichte, haben ihm zahlreiche heiratslustige Männer aus allen Teilen Deutschlands und allen mög-

lichen Berufen zugeführt. Bald wurde von ihm eine junge Dame angeboten, die er als verblüffende Schönheit, sehr reich, aus bester Familie stammend, ehrenfesten Charakters, sanftmütigen Herzens anpries, bald war es die Tochter eines sehr Millionen schweren Bankiers, für die ein Mann gesucht wurde; dann wieder wurde die Tochter eines Großkaufmanns angeboten, die eine „Liebe, reiche Person“ von „wunderbar schöner Statur“ sei und mindestens 1/2 Million Mark Mitgift erhalte; eine andere Nummer war die „schuldbeladene Frau“ mit einem Vermögen von 300 000 M., ihr folgten zwei überraschend schöne, schwer reiche, musikalisch und ästhetisch gebildete Töchter eines Chemikers Großindustriellen usw. Diese überaus verlockenden Anpreisungen hatten den Erfolg, daß sich Heiratskandidaten in den verschiedensten Lebensstellungen beeilten, mit dem Angeklagten bzw. durch dessen Vermittlung mit den Damen in Verbindung zu treten. Kaufleute, Juristen, Offiziere a. D., Regierungsassessoren, Techniker u. a. traten hoffnungsvoll in den Wettbewerb, sahen sich aber in diesen Hoffnungen gründlich getäuscht. Die Sache spielte sich gewöhnlich so ab, daß in den ersten Besprechungen mit dem Angeklagten von diesem die Vermittlung mit der heiratslustigen Dame, die auswärts wohnt, versprochen, gleichzeitig aber von ihm die Zahlung eines Spensvorschlusses von 50-100 M. zur Bedingung gemacht wurde und, wenn diese Bedingung erfüllt war, die betreffenden Herren trotz wiederholter Ermahnungen und Aufforderungen zur Rückgabe des Geldes nichts mehr von dem Angeklagten hörten. Dieser behauptete, daß er keineswegs auf Betrag ausgegangen sei, sondern sich in den Anlagefällen ehrlieh bemüht und in der Heiratsvermittlung schon mehrfach erfolgreich tätig gewesen sei. Das Gericht hielt den Angeklagten in mehreren Fällen des Betrugs schuldig und verurteilte ihm zu drei Monaten Gefängnis.

Aus aller Welt.

Ein Millionär, der den Staat betrog.

In der Stadt Zürich ist ein reicher Bürger namens Bodmer gestorben, der bei Lebzeiten ein Vermögen von 6 1/2 Millionen Frank versteuerte und nach seinem Tode sehr gefeiert wurde, da er für verschiedene wohltätige Zwecke verhältnismäßig erhebliche Summen vermachte hatte. Da noch ein minderjähriger Erbe vorhanden ist, mußte sich das städtische Waisenamt der Erbschaft annehmen und es ermittelte nun einen wirklichen Vermögensbestand von 22 Millionen Frank, so daß der „edle Wohlthäter“ nur ein Drittel seines wirklichen Vermögens versteuert und lange Jahre hindurch Staat und Gemeinde um die ihnen gebührende Steuer betrogen hatte. Jetzt konnte die Stadt Zürich noch eine Nachsteuer von 1 300 000 Frank und der Kanton Zürich eine Staatssteuer von 800 000 Frank erheben, außerdem wird der Bund noch die entsprechende Kriegssteuer fordern.

Solche Bodmers gibt es noch viele in der Welt. Würden sie alle ihr Vermögen richtig angeben und versteuern, dann würde es sich zeigen, daß die Nationalvermögen noch bedeutend größer sind, als man jetzt nachweisen kann.

Russische Postverhältnisse.

Ueber die Verhältnisse im Postverkehr mit unseren in Rußland und Sibirien kriegsgefangenen Landdeutschen ist schon viel geklagt worden. Es geschieht mancherlei, um hierin eine Besserung herbeizuführen, aber im allgemeinen scheint die russische Regierung gegenüber der Wälfür untergeordneter Stellen der Post- und Lagerbehörden bei der Größe des Reiches machtlos zu sein. Besonders schwierig ist sicherlich die Zustellung von Postsendungen an Kriegsgefangene, die an entlegenen Arbeitsstellen tätig sind. Diese haben wenig oder keine Gelegenheit, Post aufzugeben oder zu empfangen. Auch die sehr häufige Verlegung Kriegsgefangener nach anderen Lagern wirkt störend auf einen regelmäßigen Postbetrieb. Die in Rußland herrschenden Postverhältnisse können nun einmal mit denen hier zu Lande nicht verglichen werden. Wer die russischen Verhältnisse kennt, weiß, daß die russische Post auch in Friedenszeiten unzuverlässig arbeitet, man darf daher im Kriege um so weniger die russischen Postverhältnisse an den deutschen messen. Es kommt häufig genug vor, daß Postkarten von Kriegsgefangenen ein Viertel bis ein halbes Jahr brauchen, bis sie in Deutschland eintreffen. In manchen russischen Kriegsgefangenenlagern fehlt es sogar oft an den vorgeordneten Postkarten. Es hat sich bewährt, für den Verkehr mit den deutschen Kriegsgefangenen in Rußland die vom Roten Kreuz herausgegebenen Doppelposten zu benutzen.

Schreckstat einer Mutter. In Heidelberg hat am Freitag früh die Frau des Ciprico König ihren fünf Kindern im Alter von drei bis zehn Jahren den Hals durchschnitten und sich selbst durch Öffnung der Pulsader das Leben zu nehmen versucht. Die Frau wurde in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus übergeführt.

Zum Tode des Frankfurter Schauspielers Bartel wird der „Woff Jig.“ noch gemeldet: Der Mann, der den Unglücksfall verursacht hat, hat sich selbst der Polizei gestellt. Es ist ein bekannter Frankfurter Immobilienmakler. Dessen Gattin war von Bartel auf der Straße angepöbel worden. Der Makler verbat sich das, und Bartel, der offenbar nicht ganz nüchtern war, wurde handgreiflich. Zur Abwechselung bediente sich der Makler seines Schirmes, mit dem er den verhängnisvollen Stoß führte.

Jugendveranstaltungen.

Pankow-Niederischdörfchen. Sonntag, den 24. September: Teilnahme am Waldfest bei Hennigsdorf. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Pankow-Nordbahn. Fahrgehalt 60 Pf. Gäste willkommen.

Waldfest für Niederbarnim. Für die zum II. Bezirk des Kreises Niederbarnim gehörigen Orte veranstaltet die Bezirkskommission am Sonntag, den 24. September, bei Hennigsdorf ein Waldfest. Programm: Planholmenparaden, Regitationen, Bewegungsspiele. Treffpunkt der beteiligten Orte: Sonntag vormittag 8 1/2 Uhr Bahnhof Hohen-Neuenhof.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. September, im großen Festsaal des Berliner Stadthauses, Stralauer Straße, Eingang Südstraße: Jugendwöchliche Festvortrag von Herrn Dr. B. Wille: „Bedeutung der religiösen Weltanschauung“.

Märkische Spiel-Vereinigung, Bezirk Groß-Berlin. Am Sonntag, den 24. September, finden folgende Spiele der I. Klasse statt: Richte III - Richte IV - Richte V - Richte VI - Richte VII. Der voranstehende Verein baut. - Montag, den 25. September: Sitzung bei Stein, An der Stralauer Brücke 3. Anfang 8 1/2 Uhr.

Arbeiter-Zamariterbund, Kolonnen G. V. Berlin. Mittwoch, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in Oleskes Vereinshaus, Köpenicker Straße 62. Die Mitglieder werden dringend gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Endebr. S. IV. 507 rechts, portofrei, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Quittbogen und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementskarte beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Billige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Verträge, Urkunden und dergleichen bringt man in die Sprechstunde mit.

N. 3. 52. Sie müssen sich melden. - S. 11. 1. Ausdehnung der Blutabern. 2. Waislinge. 3. Herzfehler; Landsturmplakate. 4. Die Zeichnung bezieht sich auf die Schikarie. - H. D. II. 1874. Senden Sie sich an die Deutsche Zentrale für Augenheilkunde, Rönthgen-Platz 3. - J. Sch. 100. Für den zweiten Sohn erhält die Mutter keine Unterstützung. Wenn der Bruder den Mietsvertrag nicht mitunterzeichnet hat, wird sie auch keine Mietsunterstützung erhalten. Sie müßte deshalb wegen Armenunterstützung beim Armenvorsteher einkommen. - R. H. D. 9. 1. In der Kriegszeit ist das zulässig. - G. W. 88. 1. Qa. 2. Der § 1310 des Bürgerlichen Gesetzbuches enthält darüber nähere Bestimmungen. - G. W. 88. 1. Qa. 1. Die abgezogene Unterstützung müßte sie zunächst durch Peinhardt beim Kreisamt (Landrat) zu erlangen versuchen. - W. J. 8. 1. 1. Allgemeine Körperverletzung, Landsturmplakate. - S. 11. 15. Der Arzt kann während der Dauer des Vertrages die Rechte nicht verlieren. Sie sind nur verpfändet, den niedrigen Mietspreis zu zahlen. - Erwin 99. 1. Es wird ihnen von der Hälfte des geschätzten Schwines soviel auf Ihre Reichweite in Anrechnung gesetzt, als in der besteuerten Gemeinde auf den Kopf des Einwohners entfällt. Die andere Hälfte des Schwines kommt nicht in Anschlag. 2. Qa. 3. Bürgerliche Lebensversicherungen.

Eingegangene Druckschriften.

Gesetz des Reichstages. 1097: Meine Bildergalerie. Romanenbuch von G. Großer. - 1098: Der große Unbekannte. Von G. Dhan. - 1099: In Polen und Frankreich als freiwilliger Kampfenkämpfer. Von G. Wilmann. - 1100: Hochlandslieder. Von R. Steiner. - 1101: Neue Hochlandslieder. Von R. Steiner. - 1102: Gold und Eisen. Von B. Krause. - 1103: Allerhand Kriegsgott. Von R. Kähler. - 1104: Mein schönstes Deutschland. Von L. Nießen-Deiters. Einzelnummer 20 Pf. Hoff u. Becker, Leipzig.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden

Ercheit wöchentlich einmal. Untereinander Geschäfte empfangen sich bei Nichter.

| | | |
|---|--|---|
| <p>Bacon, Farb H. Beckendorf Mab. Schützenstraße</p> | <p>Fleisch u. Wurstw. Gutschmanns Centr. Wikt. Str. 154</p> | <p>Gerold Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung Berlin, Lützowstr. 94. Verlangen Sie Preisliste.</p> |
| <p>Herr, Dam., Knab. u. Mädchen-Garder. G. Hoffmann Fertig u. n. Maß</p> | <p>Kolonialwaren M. Saagebarth Streitw. Str. 57</p> | |
| <p>Mohlhändler W. Thoma Möbelhandlung</p> | <p>Möbelmagazine C. E. Fink, Pankstr. 92.</p> | |
| <p>Möbelhandlung C. E. Fink, Pankstr. 92.</p> | <p>Möbelmagazine Wiese & Co. Tischlermeister</p> | |
| <p>Möbelhandlung C. E. Fink, Pankstr. 92.</p> | <p>Möbelmagazine Wiese & Co. Tischlermeister</p> | |

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten

Ercheit wöchentlich einmal. Untereinander Geschäfte empfangen sich bei Nichter.

| | |
|---|--|
| <p>Butter, Eier, Käse P. H. Ackermann, 8 Filialen</p> | <p>Möbelhandlung Job. Pietsch Königsberger Straße 26-27</p> |
| <p>Solange der Vorrat reicht Gerold</p> | <p>Photograph. Ateliers Mayne, Frankfurt, Allee 97 Kog. Ringbuh, Frankl, Allee W. Wenzel K. B. Zschille, Allee Str. 28 a. Alexanderspl.</p> |
| <p>Schne u. Beschneidungen Petersburger Straße 48.</p> | <p>Warenhäuser Königsberger Warenhaus Allee 97 Allee 97 Zahn-Atelier Wohlbeh Neue Köpenicker 40 (am Alexanderspl.)</p> |

Wollen Sie noch preiswerte Schuhwaren kaufen

so beschleunigen Sie Ihren Einkauf; in Winterwaren noch haben wir grösseres Lager, und können wir Ihnen zu sehr billigen Preisen empfehlen, so lange der Vorrat reicht:

Herren-echt Kamelhaarschuhe 5 50
mit Ledersohlen in der Preislage von

Herren-Kamelhaarschuhe, imit. 3 75
in verschiedenen Ausführungen. 4.95, 4.50

Herren-Filz-Schnallenstiefel 5 50
Filz- und Ledersohle. 7.50, 6.50

Herren-Filz-Schnallenstiefel 8 50
mit Lederbesatz in der Preislage von

Herren-Box-Calf-Schnallenstiefel 16 50
mit Fell- und Wollfutter 21.50, 18.50

Herren-Box-Calf und Chevreaux-Stiefel
in verschiedenen Formen, mit und ohne Derby

Kinder-Kamelhaar-Ohrenschuhe
mit Ledersohlen 2 25 35 2 75

Kinder-Plüsch-Schnallenstiefel
Filz- und 20 2 75 24 3 00 35 3 75
Ledersohlen 22

Kinder-Filz-Schnallenstiefel Leder-
besatz
22 3 75 25 4 75 27 5 25 31 5 50
24 36

Kinder-Rindbox-Schnürstiefel
mit warm. 25 7 25 27 9 50 31 11 00
Futter 26 20 35

Kinder-Box-Calf- u. Ross-Chevreaux-Stiefel
in grosser Auswahl.

Damen-echt Kamelhaarschuhe 4 95
mit Ledersohlen, in der Preislage von

Damen-Kamelhaarschuhe, imit. 2 75
in verschiedenen Ausführungen. 2.95, 3.50

Damen-Filz-Schnallenstiefel 4 95
Filz- und Ledersohle. 6.50, 5.50

Damen-Filz-Schnallenstiefel 7 50
mit Lederbesatz, in der Preislage von

Dam.-Chevr.-Schnall. u. Schnürstiefel 12 75
mit warmem Futter 18.00, 16.50

Damen-Box-Calf- und Chevreaux-Stiefel
Jedem Geschmack entsprechend.

Schuhwarenhaus Potolowsky, Berlin O, Gr. Frankfurter Str. 141

Ecke Fruchtstrasse